

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, CDU-Gemeinderatsfraktion,  
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 01

Verpflichtungen erfüllen – vom Gemeinderat beschlossene Ziele

Der Gemeinderat hat im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen 2012/13 wichtige Zielbeschlüsse im Bereich Ausbau der Kindertagesstätten und Sanierung der Schulen gefasst.

Beide Projekte wurden vom Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Dennoch wurden die Mittel von der Verwaltung nicht für den Doppelhaushalt 2012/13 angemeldet oder in den Haushaltsentwurf übernommen.

Sowohl die Verwaltung als auch der Oberbürgermeister wollen diese Projekte umsetzen.

Deshalb beantragen wir gemeinsam die finanziellen Mittel zur notwendigen Fortführung der Sanierungsmaßnahmen der Schulen und zum Ausbau der Kindertagesstätten. Wir kommen damit unserer Verpflichtung nach, die wir durch die Grundsatzbeschlüsse eingegangen sind.

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Ab 1.8.2013 haben Kinder zwischen ein und drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder bzw. Kindertagespflege.

Über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus wollen wir in einem nächsten Schritt eine Betreuungsquote von 50 Prozent erreichen.

Für den dafür notwendigen Um- und Ausbau der Kindertagesstätten in den nächsten vier Jahren wollen wir die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Von der Verwaltung erwarten wir dazu einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung noch innerhalb der Haushaltsberatungen.

Sanierung unserer Schulen

Bei den letzten Haushaltsberatungen wurde ein Sonderprogramm über vier Jahre für Schulsanierungen beschlossen. Durch die laufende Aktualisierung und Detaillierung der Umsetzung durch den begleitenden Gutachter unter Beteiligung des zuständigen Unterausschusses wurde das Sanierungsprogramm fortgeschrieben und durch zusätzlich notwendige Maßnahmen ergänzt.

Die Absicht des Gemeinderats, die Schulsanierungen zügig und konsequent fortzuführen und bis 2016 zu beenden, erfordert die Bereitstellung der nachfolgend beantragten Mittel.



**Wir beantragen daher:**

## **I. Um- und Ausbau Kindertagesbetreuung**

1. Der Gemeinderat hat mit der GRDRs 7/2011 Kenntnis vom „2. Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung in Stuttgart 2010“ genommen. Für die Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kitaplatz ab 1.8.2013 sind die Kitas um- und auszubauen. Für diese Maßnahmen sind 102 Mio. EUR in den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung einzustellen:

2012: 25,5 Mio. EUR  
2013: 25,5 Mio. EUR  
2014: 25,5 Mio. EUR  
2015: 25,5 Mio. EUR

Die Verwaltung macht bis zur ersten Lesung einen Vorschlag zur Umsetzung des Um- und Ausbaus innerhalb der nächsten vier Jahre.

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **51 Mio. EUR**

2. Betriebskosten für den Um- und Ausbau der Kitas

2012: 7,5 Mio. EUR  
2013: 12,5 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **20 Mio. EUR**

## **II. Schulsanierungen**

Das vom Gemeinderat in den Haushaltsberatungen 2010/11 beschlossene Sanierungsprogramm für Schulen wird wie geplant konsequent fortgeführt. Am 24.2.2011 hat der Gemeinderat die GRDRs 62/2011 „Fortschreibung Schulsanierungsprogramm“ u. a. mit dem aktualisierten Sonderprogramm, den zusätzlichen Mitteln und dem Sanierungsfahrplan einstimmig beschlossen.

1. Für die Weiterführung des Sonderprogramms Schulsanierungen und den Bauunterhalt sind 114,003 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen, wie in der „grünen Liste“ vorgeschlagen:

2012: 55,463 Mio. EUR  
2013: 55,270 Mio. EUR  
2014: 3,270 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **110,733 Mio. EUR**

2. Ergänzend zum Sonderprogramm Schulsanierungen, zur Umsetzung des beschlossenen Sanierungsfahrplans und wegen dringender Sanierungsmaßnahmen sind, wie vom Gutachter im Unterausschuss Schulsanierungen am 14.09.2011 vorgeschlagen, 121,8 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen:

2012: 66,0 Mio. EUR  
2013: 55,8 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13:

**121,8 Mio. EUR**

**Silvia Fischer**  
Fraktionsvorsitzende  
*Bündnis90 /DIE GRÜNEN*

**Alexander Kotz**  
Fraktionsvorsitzender  
CDU

**Dr. Roswitha Blind**  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

**Peter Pätzold**  
Fraktionsvorsitzender  
*Bündnis90 /DIE GRÜNEN*

**Iris Ripsam**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
CDU

**Manfred Kanzleiter**  
SPD

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 02

Einnahmen verbessern, unnötige Ausgaben reduzieren

Die Haushaltslage für den Doppelhaushalt 2012/13 ist besser als die Haushaltslage 2010/11, aber wir sind noch nicht in ruhigen finanziellen Gewässern.

Die Aufgaben sind weiter gewachsen, die Sanierungsmaßnahmen bei allen städtischen Gebäuden sind dringend und werden in den nächsten Jahren weiterhin notwendig sein. Die Schulsanierungen sind nur der Anfang einer Sanierungsphase.

Neue Aufgaben, wie z. B. der Ausbau der Kindertagesbetreuung oder der Ganztagesbetreuung sind von der Stadt Stuttgart zu erfüllen. Dies dient aber auch der Stärkung des Standorts. Deshalb ist es notwendig, die Einnahmenseite der Stadt Stuttgart weiter zu verbessern und dazu die bestehenden Werkzeuge auf ihre Aktualität zu überprüfen und auch Nutzungen der städtischen Infrastruktur angemessen zu besteuern. Ebenso gilt es, über geplante Projekte und ihre Sinnhaftigkeit nachzudenken.

**Wir beantragen daher:****I. Vergnügungssteuer**

1. Einbezug von Wettbüros und sog. Etablissements in die Vergnügungssteuersatzung **-600.000 EUR**
2. Erhöhung Vergnügungssteuer von 18 Prozent auf 21 Prozent **-1.500.000 EUR**

**II. Rückgabe Gäubahn**

Rückabwicklung Gäubahn, Teilbereich D, da weiterhin für den Bahnverkehr notwendig. Da die genauen Angaben zu den Grundstückspreisen zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch nicht vorliegen, ist von einer Summe von mindestens 8,7 Mio. EUR auszugehen.

**-8.700.000 EUR****III. Grundsteuer**

Keine Rücknahme der Grundsteuererhöhung aus dem letzten Doppelhaushalt, da der dringende Bedarf an Sanierungsmittel für Schulen wie auch für andere städtische Gebäude weiterhin sehr hoch ist und die finanzielle Lage keine Reduzierung der Einnahmen zulässt. Das Sonderprogramm Schulsanierungen muss bis mindestens 2016 weitergeführt werden, um die Schulen komplett zu sanieren. Die Beibehaltung der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 470 auf 520 Punkten bringt weiterhin rund 13,5 Mio. EUR pro Jahr als Einnahmebeitrag.

#### **IV. Erhöhung Parkentgelte und Parkgebühren**

Im letzten Doppelhaushalt wurden die Parkgebühren angehoben und folgten nach vielen Jahren den Preissteigerungen im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). In GRDRs 6/2010 wurde insbesondere bei den Dauerparkgebühren in städtischen Parkhäusern eine Überprüfung im Doppelhaushalt 2012/13 vorgesehen. Die ÖPNV-Nutzungsentgelte wurden 2010 um 2,4 Prozent und 2011 um 2,5 Prozent erhöht. Deshalb ist es notwendig die Parkentgelte und -gebühren zu überprüfen hinsichtlich einer Erhöhung ab dem 1.1.2013 in Anlehnung an die Nutzungsentgelte des ÖPNV.

Eine Überprüfung in Abständen von maximal drei Jahren ist notwendig, um die Preissteigerungen moderat zu halten und den Preissteigerungen im ÖPNV zu folgen. Dies unterstützt auch die Forderungen des Aktions- und Luftreinhalteplans in Stuttgart.

1. Die Gebühren für das Parken im öffentlichen Verkehrsraum, auf städtischen Parkplätzen und in Parkanlagen werden überprüft und zum 1.1.2013 um mindestens 5,0 Prozent erhöht, den Preissteigerungen des ÖPNV folgend. Es ist mit Mehreinnahmen von rund 400.000 EUR/a zu rechnen.

**p.a. -400.000 EUR**

2. Die so genannte Brötchentaste (sprich 30-minütiges kostenloses Parken) wird abgeschafft. Mehreinnahmen von rund 180.000 EUR/a könnten hier erzielt werden.

**p.a. -180.000 EUR**

#### **V. Aufhebung des kostenlosen Parkens in der Rathausgarage**

Klimaschutz, Luftreinhaltung, Förderung des ÖPNV, Haushaltssanierung – viele gewichtige Gründe sprechen dagegen, dass die Stadt zu Sitzungen und Veranstaltungen im Rathaus Mitgliedern der Ratsgremien und Gästen kostenlose Parkplätze zur Verfügung stellt. Sie fördert dadurch nicht nur den motorisierten Individualverkehr in der Stadt, sondern benachteiligt gleichzeitig auch Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnfahrer. Das passt nicht mehr in die Zeit!

**p.a. -100.000 EUR**

#### **VI. Anhebung der Gebühren für Sondernutzungen im öffentlichen Raum**

Der öffentliche Raum wurde in den vergangenen Jahren immer weiter aufgewertet. Als neuestes Projekt ist die Gestaltung der Querspange zu nennen. Die Sondernutzungen des öffentlichen Raums werden immer attraktiver, insbesondere die gastronomische Nutzung in der Innenstadt.

Die Gebühren in Stuttgart (z.B. Außengastro 6,50 EUR/qm Monat) sind im Augenblick, schaut man sich z.B. Mannheim (7,50 EUR/qm Monat) an, um 15 Prozent niedriger. Die Attraktivität der Stuttgarter Innenstadt ist unbestritten. Eine Erhöhung der Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Raums im Innenstadtbereich ist deshalb im Hinblick auch auf die Investitionen in den öffentlichen Raum gerechtfertigt. Bei einer Erhöhung der Gebühren für Sondernutzungen

im öffentlichen Raum, Bereich Innenstadt um 15 Prozent ist mit einer Einnahmeverbesserung von rund 300.000 EUR jährlich zu rechnen.

**p.a. -300.000 EUR**

## **VII. Herausnahme aus dem Haushaltsentwurf**

Der Doppelhaushalt 2012/13 wird geprägt sein von Sanierungen und dem Ausbau im Bereich Kinderbetreuung und Bildung. Neue Aufgaben und Projekte müssen genau angesehen werden, ob sie wirklich notwendig sind angesichts der Mittel, die alleine für die oben genannten drei Bereichen benötigt werden. Schon beim Ausbau der Kitas sind 100 Mio. EUR notwendig, fast die Summe, die für den Rosensteintunnel auf städtischer Seite notwendig ist. Bevor man Neubauprojekte im Straßenbau angeht, sollte man lieber dieses Geld in die Sanierung stecken, denn die Haltung, vorne neu einzuweihen während es hinten schon bröckelt, hat keine Zukunft.

1. Aufgabe von Planung und Umsetzung des Rosensteintunnels, Einsparungen 2012/13 an Ausgaben inklusive Vorfinanzierung GVFG Mittel. Bei Einstellung des Projektes Rosensteintunnel werden gebundene Mittel für die nächsten Haushaltsjahre von 90 Mio. EUR frei.

Für den Doppelhaushalt 2012/13 **-15.000.000 EUR**

2. Kein Vollanschluss B 27 / Sigmaringer Straße, Degerloch; Herausnahme aus der Infrastrukturpauschale, grüne Liste. Es erschließt sich nicht, warum gerade dieses Projekt solch eine Priorität genießt. Dafür Einsatz dieser Mittel im Bereich Straßenraumsanierung oder Platzgestaltung.

**-3.312.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 03

Vermögen erhalten – Werte erhalten

Nicht nur die Schulen, auch die anderen städtischen Gebäude haben Sanierungen dringend nötig. Alleine schon um die Werte zu erhalten, bevor diese vom Zahn der Zeit und den fehlenden Unterhaltsmitteln Stück für Stück abgetragen werden.

Bei den anderen städtischen Gebäuden gibt es wie bei den Schulen auch einen Sanierungsstau. Selbst bei den Fenstern der Kämmerei fällt der Kitt aus den alten Scheiben. Hier muss auch ein Sanierungsprogramm angegangen werden.

Eine drängende Aufgabe ist die Sanierung des Daches der Flatow Sporthalle. Hier muss schlimmeres verhindert werden.

Das Mitte des Jahres vorgelegte Bädergutachten listet einen Sanierungsstau von 70 bis 80 Mio. EUR bei unseren Bädern auf. Da uns der Erhalt der Hallen- und Freibäder, als Sport-, Vereins-, Freizeitbäder und auch Schulbad sowie der Mineralbäder wichtig ist, muss in diesem Haushalt zum Substanzerhalt in die Stuttgarter Bäder investiert werden.

**Wir beantragen daher:****I. Andere Städtische Gebäude (Kitas, Verwaltungsbauten, etc.) in Verwaltung des Amts für Liegenschaften und Wohnen**

1. Die Verwaltung legt bis zur ersten Lesung eine Liste der möglichen Vorhaben vor.

**4.000.000 EUR**

2. Mittel für Ausweichquartiere, insbesondere bei Kitas und Schulen.

**600.000 EUR**

3. Sanierung Altes Schulhaus und Altes Rathaus Weilimdorf  
Erhaltende Sanierungsmaßnahmen

**789.000 EUR**

## **II. Sportanlagen**

Flatow Sporthalle Wangen, Dachsanierung

**480.000 EUR**

## **III. Jugendhäuser**

1. Sanierung Jugendhaus Zuffenhausen

**903.000 EUR**

2. Sanierung Jugendhaus Vaihingen

**657.000 EUR**

3. Wiederaufbau Aktivspielplatz Raitelsberg

**100.000 EUR**

## **IV. Stuttgarter Bäder**

Als dringlich sehen wir die Sanierung des Freibads Killesberg, die Sanierung des Mineralbads Berg und die Planung für das Hallenbad Feuerbach an. Wir gehen davon aus, dass für diese und die weiteren Maßnahmen kurz- und mittelfristig eine Summe von 5 Mio. EUR p.a. bereitgestellt werden müssen.

Die Verwaltung legt innerhalb der Haushaltsberatungen einen möglichen Ablaufplan, unter Berücksichtigung der notwendigen Maßnahmen analog zur Schulsanierung, für die Bäder vor und stellt folgende Summe in den Haushalt 2012/13 ein.

**10.000.000 EUR**

## **V. Stäffele**

Sanierung der Stuttgarter Stäffele

**400.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 04

Grünflächen, Spielplätze und Parks sanieren

Die Stuttgarter Parkanlagen, Grünflächen und Spielplätze sind die nächsten Naherholungsgebiete der Bevölkerung, die meistens einfach zu Fuß zu erreichen sind. Jedoch sind die Wege oft in einem sehr schlechten Zustand und die Spielgeräte haben schon viele Kinder und Jahre gesehen. Eine Erneuerung von Wegen und Spielgeräten ist deshalb in verstärktem Maße notwendig, gerade auch, um den Bürgerinnen und Bürger ihre Naherholungsgebiete attraktiver zu machen.

Die Straßenränder lassen sich durch Bäume begrünen, Lärm und Luftverschmutzung lassen sich verringern. Die Aufenthaltsqualität steigt mit jedem Baum am Straßenrand.

Die Umgestaltung von Brachflächen in Spielflächen, wie hinter dem Züblin-Parkhaus möglich, schafft mehr „Spielraum“ in der Stadt für Jung und Alt.

In dicht bebauten Gebieten unserer Innenstadt ist es notwendig, die Natur in die Stadt zu holen, wie beim geplanten Naturerfahrungsraum (NER) an der Klüpfelstraße. Hier können Kinder auf kurzem Weg Erfahrungen mit und in der Natur machen. Ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der Umwelt.

**Wir beantragen daher:****I. Parkanlagen, Fußwege**

1. Erhöhung Pauschale für Sanierungsmaßnahmen von Wegen in Parks und Grünanlagen **300.000 EUR**
2. Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Wege auf den Friedhöfen, dringliche Maßnahmen **150.000 EUR**

**II. Spielplätze sanieren**

1. Erhöhung der Pauschale für den Spielgeräteersatz **600.000 EUR**
2. Sanierung von Spielplätzen **800.000 EUR**

### **III. Mehr Bäume an Straßen**

Umsetzung des Straßenbaumprogramms, auch zur Verbesserung der Luftqualität.

**1.000.000 EUR**

### **IV. Unterhalt Grünanlagen**

Durch viele zusätzliche Maßnahmen hat sich der Unterhaltsaufwand der Grünanlagen erhöht. Ebenfalls sind durch die vielen Fremdvergaben die Regieleistungen erhöht worden. Möglicherweise könnte man bei den Fremdvergaben Kosten einsparen, wenn sich zeigt, dass einige Arbeiten durch das Garten-, Friedhofs- und Forstamt günstiger und besser erledigt werden könnten. Die Verwaltung berichtet bis zu den Stellenplanberatungen zum Thema Unterhalt Grünanlagen und personellen Ressourcen.

### **V. Umwandlung Tankstelle zur Spielstelle**

Durch den baldigen Wegfall der Tankstelle hinter dem Züblin-Parkhaus besteht die Möglichkeit, den bestehenden Spiel- und Bolzplatz mit Skateranlage an der Pfarrstraße zu erweitern. Für die Umwandlung der Tankstelle zur Spielstelle werden folgende Mittel in den Haushalt eingestellt:

**200.000 EUR**

### **VI. Naturerfahrungsräume**

Die Schaffung von Naturerfahrungsräumen bietet den Kindern aus den dicht besiedelten Stadtbezirken die Möglichkeit, Natur intensiv zu erleben und zu erfahren. Für die Umsetzung des geplanten Projekts an der Klüpfelstraße sind Mittel in den Haushalt einzustellen.

**100.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 05

Ökologische Werthaltigkeit

Ökologie ist inzwischen kein Luxus mehr, sondern die Grundlage einer nachhaltigen Stadtgesellschaft. Ohne die Bewahrung der Grundlagen, insbesondere der natürlichen, ist eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft nicht mehr machbar. Wer sich das Wasser abgräbt, sitzt bald auf dem Trockenen. Deshalb ist es notwendig, im Gleichgewicht und in der Abwägung von Bauprojekten und Eingriffen in Naturräume auch die Ausgleichsmaßnahmen nicht zu vernachlässigen. Ausgleichsmaßnahmen, die durch eine vorgezogene Umsetzung sofort verfügbar sind, erleichtern auch die Akzeptanz von Projekten, da der Ausgleich nicht erst nach Jahren entsteht, sondern sofort verfügbar ist.

Dazu gehört auch, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung eines Projektes zügig erstellt wird. Nur dann ist klar, was gemacht werden kann oder auch nicht. Aber hier braucht es Personal, sonst kommt auch das Bauprojekt nicht voran.

Gesetzliche Vorgaben im Naturschutz oder anderswo haben nur einen Wert, wenn sie auch kontrolliert werden und ihre Einhaltung überwacht wird. Ohne Personal geht dies nicht und die gesetzlichen Vorgaben werden zum Papiertiger.

**Wir beantragen daher:****I. Ausgleichsmaßnahmen**

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen für Baumaßnahmen (sogenanntes Kompensationsflächenmanagement):

– Kaltentaler Abfahrt	19.000 EUR
– Häldes Obertürkheim	143.000 EUR
– Bußbach, Unterlauf	95.000 EUR

**257.000 EUR****II. Biotope**

Renaturierung Neckarufer, Überschwemmungsflächen  
Hofen, Auwiesen, IkONE-Projekt, Planung

**200.000 EUR**

### **III. Naturschutz**

Erhöhung des städtischen Naturschutzfonds, inklusive Sondermittel für Grünstreifen und Streuobstwiesen.

**100.000 EUR**

### **IV. Umsetzung, Überwachung, gesetzliche Maßnahmen**

Laut Organisationsuntersuchung des Amtes für Umweltschutz GRDRs 167/2009 besteht für einige Aufgaben ein zusätzlicher Personalbedarf, um u. a. gesetzliche Vorgaben zur Überwachung von Schutzgebieten im Außenbereich und Planungen und Pflegemaßnahmen im Biotopbereich zu koordinieren.

1. Biotopeverbund, Biotopplanung **1,0 Stellen**
2. Überwachung von Schutzgebieten im Außenbereich **1,0 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 06

Innenentwicklung fortführen, Umsetzungen vorbereiten

Die Stadt Stuttgart hat sich die Innenentwicklung auf die Fahnen geschrieben. Zu den wichtigen Themen der Innenentwicklung, zum Wohnen in der Stadt und zur Wohnumfeldverbesserung im Zusammenhang mit der Nachverdichtung gibt es Projekte, die schon heute machbar sind und nicht erst in 10 Jahren. Der Neckarpark muss in die Umsetzung gehen. Denn gerade hier kann die Stadt zeigen, was sie unter der Umwandlung von alten Gleisanlagen und Industriebrachen versteht und wie ein Vorzeigestadtteil aussehen könnte.

Das Schoch-Areal wurde von der Stadt gekauft. Mitten in Feuerbach bietet sich hier die Gelegenheit, Wohnen mit Gewerbe und Industrie zu verbinden und einer „versauten“ Stelle in der Stadt eine deutliche Aufwertung zu geben.

Der Stadtgarten wird sehr wichtig, da um ihn herum immer mehr gebaut wird. Das Klinikum, die Duale Hochschule und vieles mehr erhöhen den Druck, diese „grüne Lunge“ in der Stadt aufzuwerten und ihm mehr Bedeutung zu geben. Ist es doch, wie der Name sagt, der Garten der Stadt. Und der braucht dringend Pflege.

Ebenso wie das Gebiet, auf dem heute noch das Züblin-Parkhaus steht. Stadtplanung aus vergangenen Tagen – ein Unort in der Stadt, der so nicht mehr benötigt wird und auf seine Umwandlung in ein gutes Stück Stadt wartet.

Die Entwicklung und Umsetzung des Städtebaulichen Entwurfs des Olgäle-Areals muss weitergeführt werden, will man Ende 2013 in die Umsetzung gehen.

**Wir beantragen daher:**

- |   |                      |
|---|----------------------|
| 1. Weiterführung Bebauungsplanverfahren Neckarpark, 1. Bauabschnitt   | <b>1.000.000 EUR</b> |
| 2. Stadtgarten, Wettbewerb  | <b>80.000 EUR</b>    |
| 3. Schoch-Areal Feuerbach, Wettbewerb, Workshop, Bürgerbeteiligung  | <b>145.000 EUR</b>   |
| 4. Olgäle 2012, Weiterplanung, Weiterentwicklung  | <b>160.000 EUR</b>   |
| 5. Verlagerung Jugendverkehrsschule, Umwandlung Diakonissenplatz<br>Planung und Mittel für eine Bürgerbeteiligung |                      |

6. Innenstadt Bad Cannstatt, autofreier Marktplatz und Zukunftswerkstatt. **80.000 EUR**  
Die Verwaltung stellt dar welche Restmittel aus dem bisherigen Projekt  
„autofreier Marktplatz“ aus dem DHH 2010/11 noch zur Verfügung stehen. **50.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 07

Öffentlichen Raum sanieren und gestalten

Der öffentliche Raum ist Raum für alle Bürger und für alle Verkehrsteilnehmer. Viele Plätze, Straßen und Wege brauchen dringend eine Sanierung und eine andere Gestaltung im Sinn der heutigen Auffassung von öffentlichem Raum.

Shared Spaces, gemeinsam genutzte Flächen, sind eine Möglichkeit, viele Bedürfnisse auf einer Fläche zu vereinigen. Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Einkäufer haben hier die Möglichkeit, ein Mehr an Raum und Qualität zu bekommen, auch wenn es zu Lasten der Geschwindigkeit eines jeden geht.

Um die Erfahrungen aus dem Shared Space in der Tübinger Straße auch gleich umzusetzen, sollen Planungen für weitere shared-spaces, gemeinsam genutzte Flächen andernorts angegangen werden.

**Wir beantragen daher:****I. Shared Space**

1. Umsetzung des "Shared Space" in der Tübinger Straße, restliches Teilstück Sophienstraße-Paulinenbrücke. Teilstück Querspange-Sophienstraße schon im HH 2010/11 finanziert. **420.000 EUR**
2. Planungen für die Umwandlung des öffentlichen Raums zu Shared Spaces
  - Neue Vaihinger Mitte, Robert-Leicht-Straße, Vaihingen
  - Filderbahnstraße, Spitalhof, Möhringen**100.000 EUR**

**II. Rückbau, Sanierung, Plätze**

1. Rückbau Feinstraße, Erweiterung Schulhof Karls gymnasium, Rupert-Mayer-Platz Zweiter Bauabschnitt, Stuttgart-Süd **400.000 EUR**
2. Rückbau Seelbergstraße, südliche Seite, Aufwertung für Fußgänger, Bad Cannstatt

- |  |                      |
|--|----------------------|
| 3. Roßbollengässle Grünanlage, Anwohnerplatz, ergänzende Mittel  | <b>200.000 EUR</b>   |
|  | <b>250.000 EUR</b>   |
| 4. Neue Weinsteige, Talseite   |                      |
| a) Sanierung Geländer und Fußweg   | <b>1.200.000 EUR</b> |
| b) Rückbau Stellplätze, Radweg   | <b>700.000 EUR</b>   |
| 5. Umgestaltung und Rückbau Waiblinger Straße, Nürnberger Straße, Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer, Umgestaltung | <b>1.590.000 EUR</b> |

### **III. Hauptstätter Straße B14**

Rückbau und Umgestaltung im Bereich der B14 zwischen Wilhelmsplatz bis Marienplatz (Sozialmeile) und Heslach bis Kaltental (alte B14)

1. Planungsmittel Wilhelmsplatz-Marienplatz  
Für den Umbau der B14/Hauptstätter Straße wurden einige Vorschläge von verschiedenen Institutionen auf den Tisch gelegt, die es mit den Bürgern zu diskutieren gibt, um daraus einen umsetzbaren Vorschlag zu machen. Für Planungen, insbesondere zur Verbesserung der Geh- und Radwegebeziehungen und einen Workshop beantragen wir  
  
**400.000 EUR**
2. Rückbau der alten B14 in Kaltental  
Der Rückbau der alten B14 durch die „Ortsmitte“ von Kaltental ist seit langem ein wichtiges Ziel. Eine Planung in diesem Bereich ist jedoch nicht einfach und erfordert auch die Akzeptanz der Bevölkerung. Deshalb beantragen wir Mittel für einen Planungsprozess mit Bürgerbeteiligung und für erste kleine Maßnahmen.  
  
**400.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 08

Stadtentwicklung in den Innenstadtbezirken fördern

Das Stadtentwicklungsprogramm (STEP) ist ein Programm der kleinen Verbesserungen in Teilen der inneren Stadtbezirken und in Teilen Bad Cannstatts. Das Programm ermöglicht mit wenigen Mitteln deutliche Verbesserungen des Wohnumfeldes vor Ort. Mehr Umsetzungen pro Programmjahr sind notwendig, will man die Wohn- und Arbeitsbedingungen in den dicht besiedelten Innenstadtteilen verbessern. Bei den kleinen Maßnahmen, direkt vor der Tür der Bürger, bietet es sich an verschiedene Formen der Bürgerbeteiligungen zum Zug kommen zu lassen. Gerade die Identifikation mit seinem Umfeld führt zu einer nachhaltigen Nutzung des Umfeldes. Deshalb ist es notwendig, die Mittel für STEP aufzustocken und das Programm um einen finanziellen Topf für Bürgerbeteiligungen zu ergänzen. Für das STEP muss es jedoch einen Schlüssel für die Zuweisung an die einzelnen Stadtteile geben, wie z.B. an die Dichte (Einwohner pro ha) o.ä.

**Wir beantragen daher:**

1. Erhöhung des Projektmitteltopfs des STEP.  
Die Verwaltung stellt dar wie eine Verteilung anhand eines objektiven Schlüssels an die einzelnen Stadtteile bzw. Bezirke erreicht werden kann. **600.000 EUR**
2. Projektmitteltopf für Bürgerbeteiligungen im Rahmen der STEP Projekte **100.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 09

Wasser in der Stadt, Stadt am Fluss

Wasser ist in der Stadtplanung ein wichtiges Gestaltungsmittel. In Stuttgart wurden die vorhandenen Wasserflächen lange Zeit vernachlässigt.

Der Feuersee als ehemaliger Löschteich wurde stadtplanerisch im vorletzten Jahrhundert angelegt und hat seitdem viel Abstand zu seinen Bewohnern gepflegt.

Ebenso ist es für den Stuttgarter schwer, an seinen Fluss, den Neckar, zu kommen. In der Vergangenheit hat dessen Nutzung als Bundeswasserstraße eine größere Rolle gespielt. Sowohl der Feuersee als auch der Neckar müssen wieder näher an ihre Anlieger, die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger, kommen.

**Wir beantragen daher:****I. Wasser in der Stadt**

Feuersee, Stuttgart West

Verbesserung der Wasserqualität, Seesanieung.

**500.000 EUR****II. Stadt am Fluss**

Wasenufer, Neckarterrassen, 1. Bauabschnitt

Zugänglichkeit an den Neckar

**400.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 10  
Ausweitung des Parkraummanagements

Das Parkraummanagement (PRM) im Stuttgarter Westen ist ein Erfolg. Nach ein paar kleinen Anfangsschwierigkeiten läuft es nun rund und es gibt tagsüber sogar freie Parkplätze im Westen. An den Grenzen des Gebietes des PRM gibt es allerdings Ausweichparker, die in die benachbarten Bezirke drängen. Um das Erfolgsrezept weiterzuführen und dem Problem des Ausweichverkehrs entgegenzuwirken, ist es notwendig, die nächsten Schritte in Richtung Ausweitung des PRM zu gehen. Prädestiniert sind hier die direkt angrenzenden Bereiche. Und dort vor allem die Bereiche, in denen es schon Bewohnerparkzonen gibt, also bewirtschafteten Parkraum. Diesen könnte man umstellen auf das System PRM, um so erste Schritte schnell und wirksam zu machen. Begleitet werden muss die Ausweitung durch die Schaffung zusätzlicher bewirtschafteter Parkmöglichkeiten, sprich Bewohnerparkplätze in Tiefgaragen oder Parkhäusern. Diese könnten in geringen Teilen in neuen Bauprojekten umgesetzt werden können. Dazu braucht es aber einen Topf zur Anschubfinanzierung, ähnlich dem Stadtinternen Contracting.

**Wir beantragen daher:**

1. Ausweitung des Parkraummanagements, Planung, Untersuchung **200.000 EUR**
2. Umsetzung in Teilbereichen, insbesondere
  - in bestehende Bewohnerparkzonen
  - im Hospitalviertel
 Vorfinanzierung der Maßnahmen, Rückfluss durch Einnahme Bußgelder **1.000.000 EUR**
3. Vorfinanzierung von Maßnahmen zur Schaffung von bewirtschafteten Parkplätzen in den Bereichen der Ausweitung des Parkraummanagements, analog des städtischen internen Energie-Contractings. **1.500.000 EUR**
4. Überwachung ruhender Verkehr im Bereich Innenstadt  
Kostenneutral, da selbst finanzierend **10,0 Stellen**
5. Stellen zur Umsetzung im Amt für öffentliche Ordnung und Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung.

Die Verwaltung berichtet bis zur 1. Lesung über die notwendigen Stellen zur Ausweitung des PRMs, die dann im Rahmen der Stellenplanberatungen zu schaffen sind.

6. Beschwerdemanagement

Das bestehende PRM West führt weiterhin zu Arbeit. Anfragen, Beschwerden, Verbesserungen und vieles Mehr müssen beantwortet werden und dienen zur Verbesserung des Systems. Durch die Ausweitung des PRM ist davon auszugehen, dass die Stelle nicht nur vorübergehend gebraucht wird und nicht nur für den Westen zuständig ist. Ebenso dient diese Stelle zur Evaluierung der Ergebnisse aus der bisherigen Umsetzung.

**unbefristete Verlängerung**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 11

Ausbau der Verkehrsüberwachung

Die Verkehrsdisziplin auf Stuttgarts Straßen hat sich in den zurückliegenden Jahren nach Beobachtungen der zuständigen Fachverwaltung massiv verschlechtert. Für ein sicheres Verkehrsgeschehen, die Einhaltung der Verkehrsregeln, das Zurückdämmen der Lärmbelastigung und für bessere Luft halten wir einen Ausbau der Verkehrsüberwachung für geboten.

Den Kosten eines solchen Ausbaus stehen Einnahmen gegenüber. Im Jahr 2010 betrug der Kostendeckungsgrad in der stationären Überwachung 226 Prozent und in der mobilen immerhin noch 124 Prozent. Anschaffung und Betrieb der neuen Anlagen trägt sich daher selbst. Allerdings nur, wenn auch genügend Personal im administrativen Bereich die Fälle bearbeiten kann und der Bußgeldeinzug nicht in Verzug kommt.

**Wir beantragen:****I. Investitionsmittel**

1. Stationäre (kombinierte) Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung

**960.000 EUR**

2. Mobile (kombinierte) Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung

**160.000 EUR****II. Betriebskosten**

Laufende jährliche Betriebskosten / kalkulatorische Kosten à 274.800 EUR, macht 549.000 EUR für diesen Doppelhaushalt.

Die Kosten haben einen durchschnittlichen Deckungsgrad von mindestens 150%, so dass über die Deckung der Betriebskosten mit Einnahmen zu rechnen ist von mindestens

**-274.500 EUR****III. Personalkosten**

11 Stellen für die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung, 14,5 Stellen für die Bußgeldstelle sowie eine Personalstelle beim AföO. Die Stellen sind kostenneutral, durch einen Deckungsgrad von ca. 106%.

**26,5 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 12

Ausbau des ÖPNV forcieren: Stadt muss in Vorleistung gehen

Die hohen städtischen Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung im ÖPNV und der damit überdurchschnittlich hohe Kostendeckungsgrad der SSB AG sorgen einerseits für effizientes Wirtschaften bei der SSB, andererseits kommt der Ausbau des Angebotes nur sehr langsam voran. Zumindest nicht so schnell, wie er angesichts der städtischen Ziele bei Klimaschutz und Verkehr vorankommen sollte und wir es uns wünschen. Da der Ausgleichsbedarf der SSB nach dem Willen der Stadt möglichst gering ausfallen soll, werden bei möglichen Angebotsausweitungen bei Bus und Stadtbahn tendenziell die Kostenrisiken höher gewichtet als die möglichen Fahrgastpotenziale. Abhilfe können hier Probebetriebe und Testphasen schaffen, deren Kostenrisiken durch einen zweckgebundenen städtischen Zuschuss abgesichert werden.

**Wir beantragen:**

1. Die Stadt stellt der SSB AG ein jährliches Budget in Höhe von 500.000 EUR zur Verfügung, aus dem zusätzliche Angebotsverbesserungen und -ausweitungen für eine Testphase von jeweils zwei Jahre bezuschusst werden. **500.000 EUR**
2. Die SSB AG garantiert im Gegenzug, dass die jeweiligen Angebote nach zwei Jahren Testphase in das Regelangebot übernommen werden, dann ohne zusätzlichen städtischen Zuschuss.
3. Solche Angebotsverbesserungen müssen auf der Basis des Nahverkehrsplans im Einvernehmen zwischen SSB AG und Gemeinderat ausgewählt und beschlossen werden.
4. Das Budget in Höhe von jährlich 500.000 EUR kann wie der sonstige Ausgleich, den die SSB für die Erfüllung der ihr obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erhält, solange über die SVV GmbH finanziert werden, wie der im Rahmen der Wirtschaftsplanaufstellung errechnete maximal mögliche Ausgleich nicht überschritten und keine Überkompensation vorliegt.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 13  
Investitionen in den ÖPNV

Der ÖPNV ist der wichtigste Baustein im Bereich des nachhaltigen und umweltverträglichen Verkehrs. Jedoch kommt nicht jeder Bürger bis zum Verkehrsmittel. Noch ist nicht jede Haltestelle, insbesondere der Stadtbahn, barrierefrei. Dies gilt es im Hinblick auf junge Familien mit kleinen Kindern, Behinderte und Senioren zu ändern.

**Deshalb beantragen wir wie schon in den letzten beiden Doppelhaushalten:****I. Barrierefreie Haltestellen**

Umbau der Haltestellen des ÖPNV zu barrierefreien Haltestellen. In GRDRs 956/2009 wurden die Umsetzung der seit langem geplanten Maßnahmen am Österreichischen Platz und an der Maybachstraße, welche als einzige Haltestellen der Stadtbahn auf keinem Weg barrierefrei erreicht werden können, genannt.

Weiterhin ist die Umwandlung hin zu barrierefreien Bushaltestellen fortzuführen.

**400.000 EUR****II. Busbeschleunigung**

1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Busse in den Außenbezirken

**530.000 EUR**

2. Einrichtung neuer Buskaps zur Busbeschleunigung im Stadtgebiet

**200.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 14  
Investitionen in den Radverkehr

Der Radverkehr hat durch die vielfältigen Verbesserungen in der Infrastruktur und auch im Angebot (Leihfahrräder etc.) zugenommen. Diesen Trend gilt es weiter zu unterstützen, insbesondere, da die Fahrräder mit elektrischer Unterstützung, sog. Pedelecs, zunehmen und damit auch die Topographie in Stuttgart für viele Radfahrer kein Hindernis mehr darstellt. Mehr Radverkehr bedeutet auch weniger Luftverschmutzung und Lärmbelästigung im Verkehrsbereich.

**Wir beantragen daher:****I. Pauschale**

Aufstockung der Pauschale Radverkehr

**320.000 EUR****II. Rad und Schule**

Zusatzmittel insbesondere für Radabstellanlagen an Schulen und Verbesserung von Schulwegen hin zu mehr Sicherheit.

**400.000 EUR****III. Verstärkung der Abteilung Radverkehrsplanung**

Die Abteilung Radverkehrsplanung soll verwaltungsintern durch eine andere Struktur weiter reduziert werden. Damit sind die Maßnahmen beim Radverkehr und die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes nicht mehr möglich. Insbesondere der wichtige Bereich Rad und Schule könnte nicht mehr bearbeitet werden. Sieht man den Radverkehr auch als wichtiges Verkehrsinfrastrukturprojekt an, so ist es ähnlich wie bei anderen Projekten notwendig, hier eine Stelle zu schaffen.

**1,0 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 15  
Energiesparen und Klimaschutz

Eingesparte Energie ist die beste Energie, besser als regenerative Energie, denn sie kostet nichts. Bei steigenden Energiepreisen ist es notwendig, die Energieeinsparung als wichtiges Werkzeug zur Einsparung bei den laufenden Kosten ernst zu nehmen.

Das stadtinterne Contracting ist seit vielen Jahren ein Erfolgsmodell – und es wird immer stärker in Anspruch genommen. Sowohl die Stadt als auch ihre Eigenbetriebe profitieren davon.

Das Energiemanagement spart Energie, das zeigt jedes Jahr der Energiebericht. Bisher werden, insbesondere im Bereich Heizung, noch nicht alle Liegenschaften betreut, obwohl die Stellen sich durch die Einsparungen selbst tragen.

Ebenso werden die Anforderungen an die Erarbeitung neuer Konzepte im Energiebereich und an Beratungen innerhalb der Stadtverwaltung größer. Um das Ziel umzusetzen und im Energie- und Klimaschutzbereich Vorreiter zu sein, braucht es hier größere personelle Ressourcen.

**Wir beantragen daher:****I. Stadtinternes Contracting**

Aufstockung des stadtinternen Contractings, um damit bei laufenden Sanierungs- und Ersatzmaßnahmen vermehrt Energie einsparende Maßnahmen umzusetzen.

**2.000.000 EUR****II. Energiemanagement**

Schaffung einer Stelle für das Energiemanagement auf Grundlage des Energieberichts 2010. Dieser stellt dar, dass ein großer Teil der städtischen Liegenschaften noch nicht im Energiemanagement enthalten ist. Die Stelle ist kostenneutral, wie sich bei den anderen Stellen des Energiemanagements gezeigt hat.

**1,0 Stellen****III. Energiekonzepte**

Energiekonzepte und -ideen und deren Umsetzung benötigen personelle Ressourcen. Gerade im Hinblick auf die Begleitung der neuen Stadtwerke, die hier in Zukunft eine tragende Rolle spielen werden, und die Modellvorhaben, die man sowohl bei der Sanierung von Stadtteilen (SEE) als auch bei der Neuplanung von Stadtteilen (NeckarPark) geplant hat, sehen wir diese Notwendigkeit.

Die Verwaltung stellt dar, ob die personellen Ressourcen im Amt für Umweltschutz vorhanden sind.

#### **IV. Zuschuss zum Projekt „Stromsparcheck“**

Die Stadt bezuschusst die nicht gedeckten Aufwendungen des Caritas-Projekts „Stromsparcheck“. Da mit den Energieeinsparungen, die über den Stromsparcheck in Haushalten von Transferleistungsempfängern (ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld) erzielt werden können, direkte und indirekte Einsparungen bei den kommunalen Transferleistungen einhergehen, kann sich die Förderung des Projektes für die Stadtkasse rechnen.

Sozial- und Umweltverwaltung stellen bis zur 2. Lesung des Haushaltes dar, welche Einsparungen mit dem Stromsparcheck erzielt werden können, wie sich die Projektkosten zusammensetzen und wie hoch der nicht gedeckte Aufwand des Projektes ist.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 16

Investitionen in den Wohnungsbau und Energiesparprogramm

**I. Sozialwohnungen**

Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Belegungsbindung. Dem wollen wir entgegensteuern. Durch das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell SIM wird nach und nach ein Anteil von gefördertem Wohnungsbau entstehen. Aber auch die Stadt und ihre städtische Tochter SWSG wollen wir stärker in die Verantwortung nehmen, damit künftig mehr Sozialwohnungen auf Baustelle gehen können, d. h. hier: Anwendung der SIM-Regeln für alle Grundstücke, auch ohne Änderung des Planrechts. Wir beantragen daher:

Für den Bau von 150 Sozialwohnungen in 2012 und 2013 **p. a. 2.250.000 EUR**

**II. Familienbauprogramm**

Familien, die in Stuttgart eine Immobilie (Alt- oder Neubau) erwerben möchten, wollen wir in 2012 und 2013 nach den Förderrichtlinien unterstützen und beantragen daher

**p. a. 2.000.000 EUR**

**III. Energiesparprogramm**

Wärmedämmung in Altbauten birgt ein riesiges Einsparpotential. In Stuttgart leben die meisten Menschen in nicht sanierten Bestands-Mehrfamilienhäusern. Rund 75 Prozent dieser Immobilien befindet sich in privater Hand. Das städtische Förderprogramm für die Altbausanierung ist hier ein unverzichtbares Anreizinstrument. Dabei sollte die Regelförderung nach vorausgegangener Energiediagnose Vorrang vor der Förderung von Einzelmaßnahmen haben. Für die Weiterführung des Energieeinsparprogramms beantragen wir

**p. a. 4.000.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 17  
Investition in junge Köpfe

Die Sanierungen der Schulen sind eine große Aufgabe und ein großer finanzieller Posten. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich bei den Schulen auch neue Erkenntnisse und Entwicklungen in neuen Bauvorhaben wie Erweiterungen und Umbauten niederschlagen. Investitionen in Neubauten bei Schulen sind deshalb genauso wichtig wie der Erhalt und die Sanierung von Schulgebäuden.

Für den weiteren Ausbau der Kitas hat die Stadtverwaltung vor, mit „Baukasten“-Kitas einfacher, schneller und günstiger zu bauen und so die notwendigen Neubauten schneller umzusetzen. Nachdem der Prototyp der „Baukasten-Kita“ in Planung ist, muss die Umsetzung der weiteren „Baukasten-Kitas“ in diesem Haushalt begonnen werden. Zeitversetzt können so auch die Erkenntnisse aus dem Prototyp in die Regelplanung einfließen. Die Umsetzung der „Baukasten-Kitas“ kann in zwei Tranchen erfolgen.

Der Neubau der Jugendfarm in Zuffenhausen und der Neubau des Jugendhauses und der Kita in Giebel sind notwendige Investitionen in die Zukunft in den jeweiligen Stadtbezirken.

**Wir beantragen daher:****I. Neubauten Schulen**

1. Neubau Schule für Körperbehinderte, Möhringen  
Ersatz und Erweiterungsbau  
2012: 0,94 Mio. EUR  
2013: 7,80 Mio. EUR  
2014: 5,10 Mio. EUR  
2015: 0,64 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **8.740.000 EUR****II. Baukastenkitas**

Umsetzung des Programms „Baukasten“-Kita in den nächsten vier Jahren.

Investitionskosten von insgesamt 30 Mio. EUR stehen für das gesamte Programm an.

Die Verwaltung berichtet bis zur 1. Lesung wie die Umsetzung des Programms geplant ist

und welche Standorte in Frage kommen.

2012/13: 15 Mio. EUR  
2014/15: 15 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **15.000.000 EUR**

### **III. Jugendfarmen**

Neubau Farmgebäude Jugendfarm Zuffenhausen

**459.000 EUR**

### **IV. Neubau Jugendhäuser**

Neubau Kita und Jugendhaus Giebel  
Gesamtmaßnahme 2.940.000 EUR 2013-2015

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **500.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 394/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 18
Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen

Die Neukonzeption der Ganztagesbetreuung von Schulkindern hat der Gemeinderat in diesem Jahr beschlossen. Für diese Neukonzeption ist noch ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

### Wir beantragen daher:

#### I. Ganztagesbetreuung von Schulkindern

Der Gemeinderat hat am 27.7.2011 die GRDRs 199/2011 „Neukonzeption Betreuung Schulkindern“ einstimmig beschlossen. Für die Umsetzung des grundsätzlich beschlossenen Programms und die sechste Tranche des bestehenden Ganztagesprogramms sind in den nächsten Jahren finanzielle Mittel von rund 96 Mio. EUR notwendig.

Die Verwaltung macht bis zur 2. Lesung einen Vorschlag zur Umsetzung innerhalb der nächsten vier Jahre:

Für den Doppelhaushalt 2012/13:  
Silvia Fischer

Peter Pätzold

**48.000.000 EUR**

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 395/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 19
Förderung innovativer Schulkonzepte im Schulentwicklungsplan

Mit dem neuen landespolitischen Bildungskonzept der Gemeinschaftsschule ist zu erwarten, dass sich mehrere Schulen auf den Weg zur neuen Schulform machen. Wenn Schulen sich entschließen, in der inhaltlichen Ausgestaltung neue Wege zu gehen, wurden intern bereits einige Weichenstellungen vorgenommen. Schüler, Eltern und Lehrer müssen an einem Strang ziehen, der Schulträger die Idee unterstützen. Die Umstellung auf ein neues Bildungskonzept funktioniert nicht von heute auf morgen. Die Weiter- und Neuentwicklung benötigt eine intensive konzeptionelle Ausarbeitung und eine mindestens einjährige Prozessbegleitung. Dies bindet erheblich personelle und finanzielle Ressourcen und ist aus den laufenden Personal- und Finanzmitteln nicht zu bestreiten.

### Wir beantragen daher:

1. Schulen, die sich um ein innovatives Schulkonzept bemühen, erhalten 100.000 Euro zur Unterstützung des Schulentwicklungsprozesses und der Prozessbegleitung. Für die ersten Umsetzungen muss ein Topf zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung prüft, ob dies aus den Mitteln des Qualitätsfonds geschehen kann.
2. Die Stabsstelle „Stuttgarter Bildungspartnerschaft“ übernimmt in enger Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt die inhaltliche Begleitung der geförderten Schulen.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 396/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 20
Sicher auf dem Weg zur Schule - Schülerbeförderung

Die Grünen haben sich in der Vergangenheit insbesondere für eine verbesserte Qualität bei der Beförderung behinderter Kinder und Jugendlicher in die jeweiligen Schulen eingesetzt. Die bisherige Ausschreibungspraxis der Stadt entspricht trotz unserer vermehrten Interventionen nicht unserem Anspruch an die Qualität einer angemessenen Beförderung behinderter Kinder. Die bisherige Transportpraxis sieht aufgrund der hohen Kosten nicht zwingend eine Begleitperson für jeden Mitfahrer vor. Besonders geschultes Personal könnten sich die sozialen Hilfsdienste nicht leisten. Die neue Landesregierung stellt aus dem Finanzausgleich insbesondere für die Schülerbeförderung 20 Mio. EUR an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung. Stuttgart erhält hieraus anteilig 700.000 EUR.

### Wir beantragen:

1. Für alle Transporte von geistig-, körper-, und schwerstmehrfach behinderten Kindern zu ihren jeweiligen Schulen wird Begleitpersonal bereitgestellt.
2. Für alle Fahrten zu Sonderschulkindergärten werden Begleitpersonen eingesetzt.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

**550.000 EUR**

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 21

Schulsozialarbeit – Schwerpunkte setzen

Die Schulsozialarbeit als wichtiger Bestandteil einer ganzheitlichen pädagogischen Unterstützung unserer Schülerinnen und Schüler ist breit anerkannt. Ihr Ausbau auf alle Schularten ist eines der bildungspolitischen Ziele der nächsten Jahre. Schulsozialarbeiter finden sich bisher in erster Linie an Haupt- und Werkrealschulen. Die Probleme der Schüler machen jedoch nicht vor bestimmten Schularten halt. Bei einem Ausbau der Schulsozialarbeit plädieren wir dafür, die bisher nicht priorisierten Schularten ins Blickfeld zu nehmen. Zentrales Maßinstrument für den weiteren Ausbau ist für uns der Anteil der zur Bonuscard berechtigten Familien.

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes werden deutschlandweit 400 Mio. EUR in die Schulsozialarbeit investiert. Bis 2013 entfallen hier 900.000 EUR auf Stuttgart.

### Wir beantragen daher:

1. Die vier bislang unversorgten Förderschulen (Föhrichschule, Lehenschule, Heilbrunnenschule und Seelachschule) erhalten je eine 50-prozentige Stelle für Schulsozialarbeit.
2. Elf reine Grundschulen mit einem Anteil von mindestens 20 Prozent an Kindern aus zur Bonuscard berechtigten Familien erhalten je einen Stellenanteil von 50 Prozent für Schulsozialarbeit.
3. Die vierzehn Grundschulen an Haupt- und Werkrealschulen ab einem Anteil von mindestens 20 Prozent Schüler/innen aus Familien mit Anrecht auf die Bonuscard erhalten je eine 50 Prozent-Stelle für Schulsozialarbeit.
4. Sechs Realschulen ab einem 15-prozentigen Anteil von Schüler/innen aus Familien mit Anrecht auf die Bonuscard erhalten je eine 50-Prozent-Stelle für Schulsozialarbeit.
5. Vier Gymnasien mit einem mindestens 10-prozentigen Anteil von Schüler/innen aus Familien mit Anrecht auf die Bonuscard werden mit je einer 50-Prozent-Stelle Schulsozialarbeit ausgestattet.

**19,5 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 22  
Schule als Lebensraum

die Stuttgarter Schulen war ein erster wichtiger Schritt für den Erhalt der wichtigen städtischen Bausubstanz und nicht zuletzt der Sicherheit unserer Kinder. Das umfassende Sanierungsprogramm wird uns die nächsten Jahre noch weiter begleiten, wie auch die jüngsten Berichte des Projektsteuerers Drees & Sommer zeigen.

Kinder verbringen immer mehr Zeit in Schulen. Der Ausbau der (teil)gebundenen Ganztagschulen wird diese Aufenthaltszeit noch ausweiten. Schule ist nicht mehr länger nur Aufenthaltsraum, in dem die Kinder morgens abgegeben und mittags abgeholt werden. Schule ist Lebensraum, der bestimmte Aufenthaltsqualitäten mitbringen muss. Die Gestaltung Schulräume und des Schulumfelds wie Pausenhof oder Schulgarten sind der „Dritte Pädagoge“ und erfüllen im Dreieck von Mitschülern und Lehrern eine wichtige Lehrfunktion.

Daher ist es sinnvoll, bei den jetzt zu planenden Neu- und Umbauten von Schulen die Chancen zu nutzen, die sich aus qualitativ hochwertigen und die Lernsituation stützenden Schulräumen ergeben. Bei der jetzigen Sanierung im Bestand und mit dem gültigen Modellraumprogramm gilt es, das bestmögliche für Schulen zu ermöglichen und auf die Wünsche der Schulgemeinde einzugehen.

### Wir beantragen daher:

Für die strukturelle Einbindung des „Dritten Pädagogen“ in die Schulraumentwicklung und den Schulentwicklungsplan der Verwaltung legt die Verwaltung bis zur 1. Lesung dar, welcher Stellenbedarf notwendig ist, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Da wir davon ausgehen, dass mindestens eine Stelle für diese notwendige Arbeit erforderlich ist, beantragen wir

**1,0 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 399/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 23
Pflegerische Kräfte

Der Wegfall des Zivildienstes und der bisher noch unsichere Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes stellen zahlreiche soziale Einrichtungen vor erhebliche Herausforderungen. Direkt betroffen sind die Bildungseinrichtungen für Geistig- und Körperbehinderte Kinder. Da die inklusive und integrative Beschulung der Kinder in Zukunft zunehmen wird – viele Eltern zeigen Interesse am Besuch einer Regelschule – wird der Bedarf an unterstützenden pflegerischen Kräften in Zukunft noch weiter wachsen. Die bisher für diese Aufgabe bereitstehenden Zivildienstleistenden werden jedoch nicht mehr zur Verfügung stehen. Schulen und Eltern benötigen jedoch einen verlässlichen Personalstandard, um die täglichen Herausforderungen zu meistern

### Wir beantragen daher:

Der Engpass bei der Betreuung Geistig- und Körperbehinderter Kinder wird nach dem Schlüssel 80 Prozent festangestelltes Personal und 20 Prozent Freiwillige ausgeglichen. Dies bedeutet die Schaffung von

**9,9 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 24  
Personal wertschätzen

Ohne gutes, gesundes und motiviertes Personal kann eine Verwaltung nicht funktionieren. Auch wenn Gesetze und Vorschriften überwacht werden sollen, um Wildwuchs zu vermeiden und um den Bürgern Rechtssicherheit zu geben, ist ausreichendes Personal unabdingbar. Besonders in der Kernverwaltung, aber auch in einigen Fachämtern klemmt und hakt es nach den Sparrunden der letzten Konsolidierungsjahre erheblich.

**Wir beantragen:****I. Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung**

Die Landeshauptstadt Stuttgart muss sich im Wettbewerb um die besten Köpfe auf dem Markt behaupten. Uns ist besonders das Thema Personalgewinnung und -erhaltung in Bereichen mit schwieriger Bewerberlage, wie zum Beispiel – neben den Kitas – im arbeitsmedizinischen Dienst, ein dringliches Anliegen. Ebenfalls wichtig sind uns Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Abmilderung des demografischen Wandels (Stichwort: Fit und Gesund im Arbeitsleben, Ermöglichung der Pflege von Angehörigen).

Die Verwaltung erstellt bis zur 1. Lesung eine Prioritätenliste der Maßnahmen mit der höchsten Wirkung.

Für Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung sind im Doppelhaushalt 2012/2013 bereitzustellen:

**2.400.000 EUR.****II. Maßnahmen im Bereich der Ausbildung**

Die Ausbildungsquote der Stadt mit Eigenbetrieben und Klinikum liegt bei 7,91 Prozent. Generell wird an Kommunen appelliert, ihre Ausbildungsangebote nach Möglichkeit zu steigern. Der doppelte Abiturjahrgang 2012 macht es ebenso notwendig, dass die Stadt zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellt, um möglichst vielen Jugendlichen eine Perspektive zu bieten. Dazu braucht es Anreizsysteme für potentielle Ausbilder und eine Anpassung der Sachmittel in der Ausbildung an aktuelle Bedarfe. Wir unterstützen auch die

Angleichung der Entgelte für DHBW-Studenten an den TVAöD.  
Für Maßnahmen im Bereich der Ausbildung werden bereitgestellt:

**250.000 EUR**

### **III. Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Arbeitssicherheit**

Das Sportkonzept für die Branddirektion ist überfällig und zum Erhalt der Gesundheit der Feuerwehrleute notwendig. Die Verwaltung erstellt bis zur 1. Lesung eine Prioritätenliste der wichtigsten Maßnahmen aus der Mitteilungsvorlage 750/2011 zusammen.

Für Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Arbeitssicherheit werden bereitgestellt:

**200.000 EUR**

Silvia Fischer Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 25

Stellen – Arbeit macht sich nicht von alleine

In den letzten Haushaltskonsolidierungen wurde in vielen Bereichen und insbesondere beim Personal gekürzt. Durch diese Reduzierungen haben sich inzwischen in einigen Bereichen Personalengpässe ergeben, die zu Lasten nicht nur des verbleibenden Personals, sondern auch zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen.

So sind z.B. Bauanträge nicht mehr in der dafür vorgesehenen Zeit zu bearbeiten, Genehmigungen für Veranstaltungen dauern, viele Dinge wie z.B. Schwarzarbeit, Lebensmittel, Gaststätten können nicht mehr angemessen überwacht und geahndet werden.

Die Verwaltung muss ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen können. Dazu gehört auch die Überwachung der gesetzlichen Vorgaben, ob bei Baustellen, beim Verkehr oder auch bei der Ausstellung der neuen Personalausweise.

### Wir beantragen daher:

#### I. Sanierungen

Die Verwaltung berichtet rechtzeitig zu den Stellenplanberatungen, welche zusätzlichen personellen Ressourcen zur Umsetzung der neuen Programme in den beteiligten Ämtern notwendig sind.

#### II. Baugemeinschaften

Der Bedarf an Flächen für Baugemeinschaften wächst, ebenso die Nachfrage nach Betreuung und Steuerung dieser Investorengruppe. Dies ist nicht mehr nebenher zu bewältigen. Der Gemeinderat hat ein neues Vergabesystem für Baugrundstücke an Baugemeinschaften beschlossen. Die erste Umsetzung dieses Vergabesystems zeigt, dass die Nachfrage sehr hoch ist, aber auch der Aufwand zur Betreuung und Auswertung. Deshalb sehen wir hier eine Stellenschaffung auf Grund einer deutlich erweiterten Aufgabe und beantragen

**0,5 Stellen**

### **III. Gesetzliche Aufgaben erledigen und überwachen**

#### **1. Bearbeitung von Bauanträgen**

Insbesondere durch die vielen Großprojekte kann die Verwaltung die Antragsbearbeitung nicht mehr in der gegebenen Bearbeitungszeit durchführen. Dies führt zu Verzögerungen bei vielen Bauprojekten. Für eine bessere Durchführung der baurechtlichen Genehmigungen und Beratungen ist dringend ein zusätzliches Team und somit die Stelle eines Sachbearbeiters und eines Bausachverständigen zu schaffen. Wir beantragen

**2,0 Stellen**

#### **2. Baustellenüberwachung**

Die Verwaltung stellt dar, ob die rechtmäßige Überwachung der Baustellen in der Stadt noch gewährleistet ist. Ausgehend von Rückmeldungen aus der Bürgerschaft scheint hier ein Handlungsbedarf auch in Sachen Sicherheit zu bestehen.

#### **3. Gewerbe und Lebensmittelkontrolle**

Die Verwaltung stellt dar, ob die rechtmäßige Überwachung der Gewerbebetriebe in der Stadt und die Lebensmittelkontrolle bzw. die Kontrolle des Gaststättengewerbes gewährleistet ist. Die Verwaltung legt auch dar, mit welchen Einnahmen durch verbesserte Kontrollen zu rechnen ist.

#### **4. Bürgerbüros**

In den Bürgerbüros nimmt die Arbeit durch die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels für Ausländer, den neuen elektronischen Personalausweis und andere gewachsene Aufgaben weiter zu. Die Verwaltung stellt dar, wie diese zusätzliche Arbeit von den Bürgerbüros bewältigt werden kann.

### **III. Raumbedarf**

Die Schaffung zusätzlicher Stellen für die Teilzeitarbeit führt in der Regel zu einem Mehrbedarf an realen Arbeitsplätzen in den jeweiligen Ämtern. Ebenso führt die Schaffung von zusätzlichen Stellen, sei es auf Grund gesetzlicher Vorgaben oder neuer Aufgaben etc. zu einem Mehrbedarf an Platz in vielen Ämtern. Insbesondere beim Amt für öffentliche Ordnung ist bekannt, dass hier der reale Platz für die Beschäftigten nicht mehr ausreicht. Deshalb berichtet die Verwaltung innerhalb der Haushaltsberatungen über die Situation der Arbeitsplätze auf Grund von Teilzeitarbeit und die sich daraus real ergebenden Konsequenzen für Ausstattung und Raumbedarf. Ebenso berichtet die Verwaltung über die räumliche Situation der einzelnen Ämter.

### **IV. Kriterien für Stellenschaffungen**

Die Kriterien der Landeshauptstadt Stuttgart zur Schaffung von neuen Stellen sind aus dem Jahr 1995. Sie sind nicht mehr wirklich zeitgemäß. Es ist notwendig, dass die Stadtverwaltung im Laufe des Jahres 2012 die Kriterien zur Stellenschaffung überarbeitet und diese dem Gemeinderat zur Diskussion vorstellt. Dabei soll insbesondere die bisherige Messlatte für das Kriterium "erhebliche Arbeitsvermehrung" auf den Prüfstand. Wir halten es nicht für vertretbar, eine erhebliche Arbeitsvermehrung erst dann anzuerkennen, wenn eine mindestens 20-prozentige Steigerung des Arbeitsumfangs im Durchschnitt der letzten drei Jahre und bezogen auf den einzelnen Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann. Nach dem Stellenabbau der letzten Jahre ist diese Grenze zu eng gefasst und gefährdet die Aufgabenerledigung. Auch die Vorgabe, dass die Schaffung neuer, unabweisbar

notwendiger Stellen grundsätzlich nur gegen entsprechende Stellenstreichungen oder bei annähernder Kostenneutralität möglich ist, gehört abgeschafft. Es gibt zahlreiche Verwaltungsteile in der Stadt, die diese Kriterien nicht erfüllen können. Und Kommunale Daseinsvorsorge kann nicht nach dem Prinzip der Kostenneutralität organisiert werden. Die Verwaltung überarbeitet deshalb bis spätestens Ende 2012 die Kriterien für die Schaffung von Stellen und stellt diese dem Gemeinderat zur Diskussion vor. Kennziffern, die der Vergleichbarkeit dienen, sind zu entwickeln.

#### **Überarbeitung Kriterien bis Ende 2012**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 26  
Investitionen in Bewegung und Sport

Bewegung und Sport sind die Grundlage für gesundes Leben. Die Möglichkeit für mehr Bewegung gerade in der Stadt, mit einem guten Angebot nahe bei den Menschen, ist notwendig, um die immer mehr auftretenden gesundheitlichen Schäden durch zu wenig Bewegung zu kompensieren. Dabei muss das Augenmerk auch auf die Randsportarten oder auf besondere Sportangebote gerichtet werden. Denn nur ein vielfältiges Sportangebot ist auch ein attraktives Sportangebot.

Gerade im Bereich ungebundener Trendsport ist der Bau einer Downhill-Strecke notwendig, um auch den Druck aus den Wäldern um Stuttgart zu nehmen. Dies führt auch zu mehr Sicherheit. Dass der Frauenfußball (wie beim erfolgreichen VfB Obertürkheim) gefördert werden muss, zeigt die WM in diesem Jahr, welche die Potentiale bei den Spielerinnen gezeigt hat.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es notwendig, sie früh für den Sport zu interessieren und zu begeistern. Dies geschieht insbesondere durch das Programm „Gemeinschaftserlebnis Sport“. Eine Institutionalisierung dieses erfolgreichen Programms ist deshalb geboten.

**Wir beantragen daher:****I. Gemeinschaftserlebnis Sport**

Erhöhung der jährlichen Förderung um 50.000 EUR und Umwandlung in eine Regelförderung.

**100.000 EUR****II. Sanierung und Umwandlung von Sportanlagen**

1. TV Stammheim, Faustball, Bewegungsangebot

**350.000 EUR**

2. VfB Obertürkheim, Sanierung Tennenplatz, Umwandlung

**610.000 EU**

### **III. Downhillstrecke**

Bau einer Downhillstrecke wie vom Sportamt vorgeschlagen.

Die Verwaltung stellt bis zur 1. Lesung dar, wie die Ausfahrt am Ende der Strecke sein muss, um die Sicherheit zu gewähren, wer die Strecke betreibt bzw. wartet und wie die illegalen Fahrten auf Strecken im übrigen Stadtgebiet eingedämmt werden können.

**90.000 EUR**

Silvia Fischer Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 403/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 27
Tiere in der Stadt – Tauben auf dem Dach

Tauben sind in der Stadt nicht mehr wegzudenken. Die Probleme, die mit diesen Tieren leider einhergehen, sind nicht so einfach aus der Welt zu schaffen. Insbesondere die Probleme im Bereich der Sauberkeit und Hygiene sind ein Problem. Deshalb ist es notwendig, den Bestand der Tauben in der Stadt zu kontrollieren. Ein sehr gutes und auch aus Sicht des Tierschutzes praktikables Instrument sind betreute Taubentürme. In der letzten Zeit wurden einige Taubentürme in der Stadt errichtet. Mit diesen wurden gute Erfahrungen gemacht. Diese Taubentürme gilt es jetzt weiter zu ergänzen.

### Wir beantragen daher:

Schaffung weiterer Taubentürme in der Stadt nach dem bisherigen Konzept. Zusätzlich berichtet die Verwaltung innerhalb der Haushaltsberatungen über die Umsetzungsmöglichkeiten und die notwendigen personellen Ressourcen.

**500.000 EUR**

Silvia Fischer Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 404/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 28
Mobilfunkvorsorge - Gesundheitsvorsorge

Seit Jahren ist in der Stadt Stuttgart ein Konzept zur Mobilfunkvorsorge in der Diskussion. Dieses Konzept zur Eindämmung der weiter steigenden Strahlenbelastung ist notwendig, um mögliche gesundheitliche Auswirkungen auf die Bevölkerung in Zukunft im Griff zu haben.

### Wir beantragen daher:

Erarbeitung eines Mobilfunkvorsorgekonzeptes

**40.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 29  
Frühe Hilfen und Prävention

In den letzten Haushaltsberatungen haben wir das Projekt der „Frühen Förderung von Familien“ auf den Weg gebracht. Durch die enge Verzahnung von Jugendhilfe- und Gesundheitssystem ist das Programm so erfolgreich angelaufen und muss auch in Zukunft so fortgeführt werden. Im Netzwerk mit den Stuttgarter Kinderschutz-Einrichtungen bildet das Präventions-Programm einen zentralen Baustein, um auf die zunehmenden Aufgabenstellungen durch das neue Bundeskinderschutzgesetz zum 1. Januar 2012 zu reagieren. Die besonders erfolgreichen Teilprojekte innerhalb des Gesamtprogramms müssen gestärkt werden, um zukünftige Mehranforderungen abfedern zu können. Ebenfalls im Bereich Kinder- und Jugendschutz arbeitet die Beratungsstelle „Yasemine“ mit Mädchen und jungen Frauen, die von Zwangsheirat bedroht sind.

**Wir beantragen:****I. Frühe Förderung von Familien**

Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Frühe Förderung von Familien in Stuttgart“ gemäß GRDs 435/2011 mit jeweils 1,0 Mio. EUR p.a.

**2.000.000 EUR****II. Ausweitung des Programms „Frühe Förderung“**

1. Ausweitung des stark nachgefragten Programms „Rucksack-Gruppen“ für 2012 und 2013, welches sich insbesondere an Familien mit Migrationshintergrund richtet.

**800.000 EUR**

2. Ausweitung des Angebots Familienkrankenschwestern beim Gesundheitsamt, um auf die Zunahme von Fallzahlen im Bereich Kinderschutz zu reagieren.

**2 Stellen****III. Ausbau der Förderung der Stuttgarter Kinderschutzzentren**

1. Ausbau des Angebots an Eltern- und Müttergruppen im Bereich Frühe Hilfen mit 7.400 EUR (2012) und 14.800 EUR (2013).

**22.200 EUR**

2. Kostenübernahme von 1/3 für 2012 und 2013 für den Aufbau der therapeutischen Frühinterventionsstelle für Kinder und Jugendliche, die in der Familie Gewalt erleben.

**225.000 EUR**

#### **IV. Ausweitung des Programms „Begleitenden Umgangs für Familien in Trennungs- und Scheidungssituationen“ bezogen auf beide Haushaltsjahre**

Anpassung der jährlichen Förderung des Eltern-Kind-Zentrums e.V., West und sowie des Deutschen Kinderschutzbundes und Aufbau eines weiteren Gruppenangebots im CANN, Bad Cannstatt gemäß GRDs 384/2011.

**29.000 EUR**

#### **V. Prüfung der Förderung der Beratungsstelle "Yasemin"**

Die Beratungsstelle nimmt sich Migrantinnen an, die von Zwangsheirat bedroht oder bereits zwangsverheiratet worden sind. Nach unseren Informationen erhält die Beratungsstelle eine Landesförderung, die im Zuge der Aufstellung des neuen Landeshaushalts Ende Oktober/Anfang November geprüft wird. Die Verwaltung berichtet bis zu 3. Lesung, ob eine weitere Landesförderung bestehen wird.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 406/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 30
Förderung der Freien Träger in der Kinder- und Jugendhilfe

Stuttgarts Freie Träger in der Kinder- und Jugendhilfe leisten einen wichtigen Beitrag für die Qualität und Vielfalt in der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen – auch jenseits der Kindergärten. Wir sind hier in der besonders glücklichen Lage, dass wir eine vielfältige Trägerlandschaft in der Stadt haben, die auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern zugeschnittene Angebote zur Verfügung stellen. Diese erfolgreiche Arbeit ist jedoch kein Selbstläufer.

Für den Bereich der Kinderrippen und -tagesstätten werden wir mit den Förderrichtlinien einen neuen Verteilungsschlüssel von Sach- und Personalkosten erhalten. Auch für die weiteren Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe liegen Vorstellungen für eine Anpassung der Fördersätze für die Personalkosten vor, deren Auswirkungen wir zahlenmäßig für den städtischen Haushalt nicht ermessen können.

### Wir beantragen daher:

Die zuständige Fachverwaltung stellt dar, welcher finanzielle Mehrbedarf bei einer pauschalen Erhöhung der Förderung der Personalkosten der Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Abstufung von 1,5 Prozent bis 3 Prozent zu erwarten ist.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 31

Soziale Infrastruktur im Stadtteil stärken

Die direkt vor Ort verankerte Quartiersarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens in den Stadtteilen. Stadtteil- oder Quartierszentren sind wichtige Orte der Begegnung für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie greifen die Entwicklung in den Stadtteilen und die Bedürfnisse der Menschen vor Ort auf und bündeln das bürgerschaftliche Engagement. Je nach Bedarf richten sie sich an unterschiedliche Zielgruppen: Mütter und Kleinkinder, Jugendliche oder Senioren.

Besonders in letzter Zeit professionalisieren sich viele der bestehenden Stadtteil- und Familienzentren. Sie können nicht länger auf ehrenamtlicher Basis betrieben werden. Um die Strukturen in den Quartieren zu stärken, ist eine Erhöhung der Förderung notwendig. Der Stadtteiltreff „OASE“ in Stuttgart-Rot bietet erfolgreich ein niederschwelliges Angebot für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, eine Aufnahme in die Förderung wurde der Evangelischen Gesellschaft als Träger bereits zugesagt. In 2011 wird die „OASE“ noch aus Eigenmitteln finanziert.

In Stuttgart-Espan bietet sich das Anna-Haag-Mehrgenerationenhaus als zentrale Begegnungsstätte für den Stadtteil an. Eine erfolgreiche Quartiersarbeit soll an diesem Ort etabliert werden.

**Wir beantragen:****I. Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren gemäß 425/2011 mit einer erhöhten Förderung**

- |    |  |       |                   |
|----|--|-------|-------------------|
| 1. | FiZ Wangen, Familie im Zentrum Wangen e.V. | p. a. | <b>44.000 EUR</b> |
| 2. | Eltern-Kind-Zentrum West e.V.              | p. a. | <b>10.500 EUR</b> |
| 3. | Familien- und Stadtteilzentrum (FaZ) Nord  | p. a. | <b>40.000 EUR</b> |
| 4. | Eltern-Kind-Zentrum MüZe Vaihingen         | p. a. | <b>80.000 EUR</b> |
| 5. | Familienzentrum Untertürkheim              | p. a. | <b>33.000 EUR</b> |

## **II. Ausbau der Stadtteil- und Quartierszentren für 2012 und 2013**

1. Verstetigung des Stadtteiltreffs „OASE“, Stuttgart-Rot **240.000 EUR**
  
2. Etablierung eines Quartierstreffs und Quartiersarbeit in Stuttgart-Espan und Ausstattung mit Personal- und Sachkosten **77.400 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 408/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 32
Sprache ist das Tor zur Welt

Stuttgart ist eine bunte Stadt und mehrfach ausgezeichnet für seine Leistungen im Bereich der Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund. Bereits im Jahr 2007 hat der Gemeinderat einen Beschluss zur intensiven Sprachförderung in den Stuttgarter Kindertageseinrichtungen getroffen. Ausgehend von der Zahl der Kinder mit einem bilingualen Hintergrund erhalten die Gruppen in den Kindergärten zusätzliche Unterstützung. Die Zahl der zur Förderung berechtigten Gruppen steigt stetig, für den jetzigen Haushalt können über 500 Gruppen zusätzliche Mittel zur Sprachförderung erhalten. Alle Gruppen deren Bedarf belegt ist, müssen zwingend in die Förderung aufgenommen werden.

### Wir beantragen:

Zur Förderung aller Gruppen mit den beschlossenen Fördersätzen werden jährlich zusätzlich 476.400 EUR bereitgestellt.

**p. a. 476.400 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 33

Klinikum: I. Notwendige Investitionen ermöglichen

II. Unser Olgäle – Strukturelles Defizit abfedern

III. Investitionen in Personalwohnungen

**I. Notwendige Investitionen in medizinische Großgeräte ermöglichen**

Da die Investitionen in dringend notwendige Medizingerätetechnik, die zum KS-Betrieb unbedingt erforderlich sind, nicht durch die Fallpauschalen der Kostenträger finanziert werden und auch das Land seiner gesetzlich vorgeschriebenen Finanzierung von Großgeräten nicht nachkommt, sind die Krankenhausträger gezwungen, ihren Krankenhäusern Investitionszuschüsse zu gewähren. Bis vor sechs Jahren bewilligte die Stadt noch einen jährlichen Zuschuss von 6,5 Mio. EUR, mit dem das Klinikum Großgeräte beschaffen konnte. Seitdem erhält es lediglich eine Kreditermächtigung der Stadt, die für den Haushalt 2012/13 erneuert werden muss.

**Investitionszuschuss p.a. 15.000.000 EUR**  
**und weitere Kreditermächtigung zur Anschaffung dringend benötigter Ausstattung**

**II. Olgahospital**

In den letzten beiden Jahren wurden bereits viele Maßnahmen zur Reduzierung des strukturellen Defizits am bestehenden Standort des Olgahospitals umgesetzt. Allerdings kann die geplante Effizienzrendite erst nach dem Umzug 2013 realisiert werden.

**Ausgleich strukturelles Defizit p.a. 5.000.000 EUR**

**III. Personalwohnungen erhalten**

Seit Jahren wurde nicht in die Instandhaltung der aus Gründen der Personalgewinnung dringend benötigten Personalwohnungen des Klinikums investiert. Zu den Beratungen über den Wirtschaftsplan erfolgt ein Bericht, wie der Investitionsrückstand zu beheben ist.

**Investitionen 1. Tranche 2.000.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 410/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 34
Fortgang von STOP Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt

### I. Fraueninterventionsstelle (FIS) des Vereins Frauen helfen Frauen e. V.

Erhöhung des jährlichen städtischen Zuschusses auf insgesamt 90.000 EUR zur Finanzierung der Fraueninterventionsstelle (GRDRs 503/2011), damit die Fraueninterventionsstelle FIS von Frauen helfen Frauen e. V. in gleicher Höhe finanziert wird wie die FIS in Trägerschaft der Landeshauptstadt Stuttgart.

**Erhöhung des jährlichen städtischen Zuschusses: p. a. 25.000 EUR**

### II. Männerinterventionsstelle (MIS) der Sozialberatung Stuttgart e. V.

Die seit 2005 unveränderte monetäre Förderung der Männerinterventionsstelle mit dem Angebot Erstberatung und des Gewaltsensibilisierungs-Trainings wird angepasst. (lt. GRDRs 503/2011 insgesamt 122.313 EUR).

**Erhöhung des Zuschusses: p. a. 50.000 EUR**

### III. Fair-Streit-Training der städtischen Fraueninterventionsstelle und der Männer-interventionsstelle der Sozialberatung Stuttgart e. V.

Damit bei Partnern, die nach häuslicher Gewalt wieder zusammenleben, nicht erneut die Gewaltspirale einsetzt.

**Finanzielle Mittel pro Kurs p. a. 10.017 EUR**

### IV. Hilfen für Kinder

Damit aus Opfern keine Täter werden. Mehrbedarf der auf einander abgestimmten Projekte für Kinder im Frauenhaus:

- Kinderschutz-Zentrum **p. a. 21.400 EUR**
- Arbeit am Tonfeld®, Fraueninterventionsstelle **p. a. 7.891 EUR**
- Mädchengruppen, Frauen helfen Frauen e. V. **p. a. 7.176 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 35  
Kultur in der Stadt**I. Neues wagen, Zukunft gestalten****1. GRD /2011 Einrichtung einer Agentur für kreative Freiräume**

Die Stabsabteilung Wirtschaftsförderung berichtet über gängige Modelle einer Agentur für kreative Freiräume, benennt die Zusammensetzung der Kosten und das Verfahren zur Einrichtung der Agentur. Evaluation nach 2 Jahren.

**70.000 EUR****2. GRD 535 Aufnahme des ensemble ascolta in die Institutionelle Förderung**

Das Ensemble hat sich internationalen Ruf erarbeitet und verstetigt Stuttgarts Ruf als Zentrum für zeitgenössische Musik. Die Jury des Innovationsfonds hat das Ensemble seit 2009 mit einer Summe von 30.000 EUR p. a. gefördert und die Aufnahme in die Institutionelle Förderung empfohlen. Wir können uns diesem Votum nur anschließen und beantragen eine jährliche Förderung von 30.000 EUR.

**60.000 EUR****3. GRD 826/2011 Erhöhte Förderung Musik der Jahrhunderte**

Musik der Jahrhunderte ist Grundlage und Garant der Bedeutung Stuttgarts im Bereich der zeitgenössischen Musik. Im Rahmen des „Netzwerks Süd“ wurden Strukturen geschaffen, die für Stuttgart und die Region von Bedeutung sind. Dies wird bis Ende 2011 durch die Bundesstiftung Kultur gefördert. Um diese Struktur weiter nutzbar zu machen, muss mindestens eine der beiden Stellen weiterfinanziert werden. Hierzu wird eine Zuschusserhöhung von 30.000 EUR p. a. benötigt.

**60.000 EUR****4. Gauthier Dance: Zukunft in Stuttgart**

Die Compagnie begeistert im Theaterhaus in Stuttgart ein breites Publikum. Der Deutsche Tanzpreis Zukunft ging an Eric Gauthier. Wir wollen, dass Gauthier Dance eine Zukunft in Stuttgart hat. Um diese Zukunft nachhaltig zu sichern, beantragen wir die bereits beschlossene städtische Förderung von 180.000 EUR auf 300.000 EUR p. a. aufzustocken. Zusammen mit der zugesagten Förderung des Landes von 100.000 EUR p. a. stehen dann 400.000 EUR jährlich an Fördermitteln zur Verfügung.

**240.000 EUR**

**5. GRD 628/2011 Weissenhofmuseum, Erhöhung des Institutionellen Zuschusses**

Die Weissenhofsiedlung ist eines der bedeutendsten Zeugnisse des Neuen Bauens. Die Freunde der Weissenhofsiedlung e.V. betreiben das Museum für die Stadt. Eine Erhöhung des Zuschusses für den Betrieb des Museums ist unseren Augen gerechtfertigt. Um den Zuschuss auf 65.000 EUR p.a. anzupassen, ist eine Erhöhung p.a. von 43.150 EUR notwendig, da die bisherigen Erhöhung für die Jahre 2010/2011 außerplanmäßige Bereitstellungen waren.

**86.300 EUR**

**6. GRD 850/2011 Jazzclub BIX**

Das BIX ist in den letzten fünf Jahren zu einer festen Größe der deutschen Jazzszene mit europäischer Bedeutung geworden. Gleichzeitig bietet das BIX der regionalen Jazzszene eine Plattform. Die Förderung wird um 30.000 EUR p. a. erhöht.

**60.000 EUR**

**7. GRD 828/2011 Erhöhung Gesellschafterbeitrag Film- und Medienfestival gGmbH**

Das Internationale Trickfilm Festival ist für dieses Genre eines der bedeutendsten Ereignisse weltweit. Um diesem Anspruch auch im Hinblick neuer Entwicklungen gerecht zu werden, ist der Wunsch nach einer Aufstockung nachvollziehbar. Bei einer Erhöhung der Gesellschafterbeiträge um 15 Prozent würde dies für die Stadt Stuttgart 39.510 EUR p.a. bedeuten. Gerne geben wir das Signal auch den anderen Gesellschaftern und beantragen diese Mittel.

**79.020 EUR**

**8. GRD 848/2011 Institutionelle Förderung FMX**

Parallel zum Trickfilmfestival ist die Konferenz für Animation, Effekte, Games und interaktive Medien bedeutend für Stuttgart als Kreativstandort. Die FMX in Stuttgart hatte 2011 ein Gesamtbudget von über einer Mio. EUR, allein 650.000 EUR kamen vom Land Baden-Württemberg. Eine Beteiligung der Stadt von 100.000 EUR wäre damit weit unter 10 Prozent des Gesamtbudgets.

**200.000 EUR**

**9. Kommunales Kino**

Seit Schließung des Kommunalen Kinos in Stuttgart sind Konzepte, Lösungsansätze von vielen Seiten und mit vielen Partnern an etlichen runden Tischen diskutiert worden. Jetzt liegt ein gemeinsames Konzept vor, das überzeugend diskutiert worden ist. Den bekundeten Willensbezeugungen müssen Taten folgen. Für die Startphase mit einem leistungsfähigen Team an Mitarbeitern werden die notwendigen Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt.

**560.000 EUR**

**10. GRD 465/2011 Carl-Zeiss-Planetarium Stuttgart**

Vor der Zustimmung zu notwendigen Investitionen für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs beantragen wir einen Bericht über die Zukunft des Planetariums.

**11. Kulturregion Stuttgart**

Die Kulturregion Stuttgart hat, begleitet durch das Team um Prof. Oliver Scheytt, einen

ersten Schritt zu einer Neustrukturierung getan. Dieser Schritt ist überzeugend gelungen. Die Stadt Stuttgart hat den Austritt aus der Kulturregion zurückgenommen und ist im Jahr 2011 mit abgesenkten Beitragssätzen weiter Mitglied der Kulturregion. Wir beantragen einen Bericht darüber, mit welchen Beitragssätzen die Arbeit der Kulturregion unter den beschlossenen Bedingungen belebt und durchgeführt werden kann.

## **12. Europäische Kulturhauptstadt Region Stuttgart 2020ff**

Im Mai 2011 haben wir unter der Antragsnummer 184/2011 beantragt:

- 1. Die Landeshauptstadt Stuttgart erörtert mit den Partnern in der Region eine Bewerbung der Region Stuttgart zur Kulturhauptstadt Europas für die Jahre ab 2020 und bereitet diese vor.*
- 2. Die Verwaltung stellt rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen die finanziellen Auswirkungen für den kommenden Doppelhaushalt dar.*

Inzwischen haben wir am 11. Juli 2011 eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema mit Prof. Oliver Scheytt im Stuttgarter Theaterhaus durchgeführt, zu dem auch die Verwaltung eingeladen war. Die Bewerbung muss, auch bei einer Bewerbung der Region, von einer Stadt ausgehen. Im Fall einer Bewerbung der Region Stuttgart gehen wir von einer Bewerbung Stuttgarts als Bannerträgerin aus und stellen uns dieser Herausforderung. Die Verwaltung stellt ihre Bemühungen um diese Zukunftschance dar und berichtet, welche Summe bereits in diesem Doppelhaushalt veranschlagt werden muss, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

## **13. Produktions- und Spielstätte der Freien Tanz- und Theaterschaffenden**

Verstetigung der durch GR-Beschluss für 2011 übertragenen Mittel. Wir beantragen einen Bericht über neue Entwicklungen bei der Raumsuche und über den Mittelbedarf

**180.000 EUR**

## **14. Qualitätsentwicklungsfonds**

Beispielsweise das Musikpodium, die Akademie für gesprochenes Wort, der Württembergische Kammerchor und die Stiftsmusik Stuttgart haben sich erkennbar qualitativ so entwickelt, dass die laufende Unterstützung relativ betrachtet kurz- und mittelfristig dem erreichten Niveau angepasst werden muss. Wir beantragen dazu einen Bericht der Verwaltung.

**30.000 EUR**

## **II. Kulturvermittlung: Eine Aufgabe der Zukunft**

### **1. GRD 534/2011 Institutionelle Förderung von Open\_Music e.V.**

Mit „Spannungsfeld Komposition-Improvisation“ und „Jetzt!“ hat open music in den letzten Jahren, finanziert über Stiftungen und Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“ und „Innovationsfonds Musik“ sowie der Bundeskulturstiftung gefördert, hervorragende Arbeit in der Kulturvermittlung geleistet. Die dreijährige Höchstförderung ist nun ausgeschöpft. Um diese Arbeit weiterführen zu können, bedarf es einer Förderung von 45.000 EUR p.a.

**90.000 EUR**

**2. GRD 462/2011 Fortführung von „Stark durch Musik“ 1 Stelle Musikschule**  
„Stark durch Musik“ ist eines der Ergebnisse der Strategiekonferenz „Kinderarmut“ aus dem Jahr 2008. Diese Maßnahme wurde zunächst zeitlich befristet. Um das Projekt weiterzuführen, muss der kw-Vermerk der Planstelle Nr. 410.0500.896 gestrichen werden. Die Personalkosten sind 52.000 EUR p.a., 10 Prozent werden vom Land erstattet.

**93.600 EUR**

**3. GRD 617/2011 Institutionelle Förderung Popbüro Region Stuttgart**  
Für die Jahre 2010/2011 wurde in Anbetracht der Haushaltskonsolidierung Erhöhungen der Förderung nur befristet beschlossen. Diese Erhöhung um 14.000 EUR gilt es jetzt zu verstetigen.

**28.000 EUR**

**4. Institutionelle Förderung (Kofinanzierung) des Vereins Leseohren e.V. ab 2013**  
Der Verein arbeitet seit neun Jahren, hat 384 Lesepaten an 202 Orten und gilt bundesweit als Modellprojekt der Bildungsgerechtigkeit.

**30.000 EUR**

### **III. Anpassungen und Sanierungen**

**1. GRD 297/2011 Erhöhung der Institutionellen Förderung Theater Tredeschin**  
Mit der Erhöhung können Landeszuschüsse in gleicher Höhe abgerufen werden

**4.000 EUR**

**2. GRD 565/2011 Institutionelle Förderung des Theater am Olgaek**  
Das Theater wurde bereits im Jahr 2011 befristet mit 13.000 EUR gefördert. Wir beantragen nunmehr, diese Förderung zu verstetigen.

**26.000 EUR**

**3. GRD 552/2011 das „forum für jüdische Bildung und kultur“ institutionell gefördert, Evaluierung nach 2 Jahren**

**30.000 EUR**

**4. GRD 628/2011 Erhöhung des Institutionellen Zuschusses für das Theater der Altstadt**

Erhöhte Förderung zum Abbau von Schulden

**60.000 EUR**

**5. 580/2011 Literaturhaus Stuttgart / Renovierung**

Das Literaturhaus wird nach 10 Jahren erfolgreicher Arbeit erworben und renoviert. Der Kaufpreis steht durch zweckgebundene Rücklagen zur Verfügung. Für die Renovierung erhält der Verein einen einmaligen Zuschuss von

**386.771 EUR**

**6. GRD 601/2011 Aufnahme Rosenau Kultur e.V. in die Institutionelle Förderung**

**70.000 EUR**

#### **7. GRD 466/2011 Schauspielbühnen in Stuttgart**

Altes Schauspielhaus und Komödie im Marquardt gehören zu den bestbesuchten Häusern in Deutschland. Trotz einem hohen Eigeneinnahmeanteil musste die Betriebsmittelrücklage in den letzten Jahren in Gänze aufgebraucht werden. Dennoch bleibt ein Defizit von ca. 50.000 EUR im Jahr 2011, welches auszugleichen ist. Um weitere Entschuldungen zu vermeiden, beantragen wir einen Bericht, welche Erhöhung eigentlich notwendig ist, da keine Betriebsmittelrücklagen mehr vorhanden sind. Für den Umzug der Werkstätten und Lager ist ein einmaliger Zuschuss von 100.000 EUR notwendig. Die durch den Umzug notwendigen höheren Betriebskosten von 55.000 EUR werden als Erhöhung der Förderung p. a. umgesetzt.

**260.000 EUR**

#### **9. Techniker-Qualifizierung und 50% Techniker-Stelle beim Figurentheater Stuttgart (Fitz)**

Die Zahl der Vorstellungen ist seit 2007 um 30 Prozent gestiegen, aus Sicherheitsgründen kann die Technik nicht länger von Hilfskräften betreut werden.

**70.000 EUR**

#### **10. GRD /2011 Erhöhung der Regelförderung des studiotheaters**

Es soll berichtet werden, ob eine Förderung des Theaters seitens des Landes in Aussicht steht. Das Theater ist seit langem unterfinanziert und hat daher Verbindlichkeiten. Reparaturen und Mieterhöhungen stehen an.

**70.000 EUR**

#### **11. GRD 611/2011 Halbe Technikerstelle für das Renitenztheater**

Nach dem Umzug ist eine Anpassung des Personalbedarfs durch eine zusätzliche halbe Technikerstelle nachvollziehbar. Wir beantragen die Erhöhung der Förderung um 15.600 EUR p. a.

**31.200 EUR**

#### **12. Zeitzeugenbefragung 1933 bis 1945 durch das Stadtarchiv**

Wir beantragen einen Bericht als Antwort auf den entsprechenden interfraktionellen Antrag.

#### **13. Einrichtung einer Interimsbibliothek in Stuttgart-Sillenbuch**

Wir beantragen einen Bericht, ob ein interimistischer Betrieb als Agenda-Projekt möglich ist.

### **IV. Lesen bildet!**

Schüler unter 18 Jahren zahlen keine Büchereigebühren, ab dem 18. Geburtstag dann aber plötzlich doch, ohne dass sich im Leben der jungen Menschen etwas grundlegend geändert hat. Das ist nicht nachvollziehbar. Schüler und Studenten brauchen gerade in der Hausarbeitszeit für Seminare Bücher, die dann nirgends mehr verfügbar sind – außer in den Stadtbüchereien. Und auch Berufsschüler müssen für ihre Prüfungen lernen und finden hierfür in den öffentlichen Bibliotheken eine großartige Lesequelle. Allen drei Gruppen wiederum ist gemein, dass ihr persönliches Budget sich in überaus überschaubarem Rahmen bewegt.

Durch die Schüler- und Immatrikulationsausweise kann einfach und unbürokratisch ermittelt werden, wie lange Gebührenfreiheit andauern kann.

Der Jugendrat Stuttgart hat hier eine überzeugende Anregung vorgelegt, diese möchten wir aufgreifen. Wir beantragen einen Bericht zur 1. Lesung, welche Mindereinnahmen damit verbunden wären, wenn Schüler, Berufsschüler und Studenten die städtischen Büchereien kostenlos nutzen können.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 36  
John-Cranko-Schule

Die räumliche Situation der John-Cranko-Schule ist nicht mehr länger tragbar. Der weltweite Ruf der Schule und die hohe Qualität der Ausbildung ist unbestritten. Wir halten im Gegensatz zur Verwaltung das Stuttgarter Ballett nicht nur, wie in der Beantwortung unseres Antrags vom 25. Februar 2011 beschrieben, für "eine wertvolle und wichtige Facette der Stuttgarter Kulturlandschaft, die es zu erhalten gilt", sondern für eine der herausragenden Institutionen, die den Ruf der Landeshauptstadt Stuttgart weltweit positiv prägen. Daher ist uns der Inhalt des Antrags heute wichtiger denn je. Wir haben schon damals unter Ziffer 3 beantragt:

*„Der Neubau der John-Cranko-Schule und die zu erwartenden, auf die Landeshauptstadt Stuttgart zukommenden Kosten werden bereits in den Haushaltsplanentwurf des kommenden Doppelhaushalts eingestellt.“*

Die Signale der Landesregierung für den Neubau der John-Cranko-Schule stehen nun wirklich auf Grün. Die Verwaltung hat den Neubau der John-Cranko-Schule in die „rote Liste“, die Wunschliste der Verwaltung, gestellt und einen Vorschlag zur Finanzierung gemacht.

### Wir beantragen:

Die Verwaltung stellt dar, wie mit dem Land zusammen die Finanzierung des Neubaus der John-Cranko-Schule mit 30 Mio. EUR umgesetzt werden kann und wann welche Mittel benötigt werden.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 37

Psychosoziale Grundversorgung leistungsfähig halten

Die acht Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDis) sind das Kernstück der Gemeindepsychiatrischen Zentren. Sie bieten allen chronisch psychisch erkrankten Menschen im Einzugsgebiet sozialpsychiatrische Hilfen und Beratung an und dienen Angehörigen und Nachbarn als Ansprechpartner.

In den letzten Jahren sind die Fallzahlen so stark angestiegen, dass es immer wieder zu Engpässen in der Versorgung und Einschränkungen der Leistungen kam. Weitere Einschränkungen bei Qualität und Quantität der Versorgung sind nicht zu vertreten.

**Wir beantragen deshalb:**

1. Für die institutionelle jährliche Förderung von zwei zusätzlichen Stellen bei den sozialpsychiatrischen Diensten werden die entsprechenden Fördermittel um den erforderlichen Betrag in Höhe von rund 101.000 EUR aufgestockt.

Die Kontakt- und Beratungsstelle Clubhaus von Psychiatrie-Erfahrenen für Psychiatrie-Erfahrene mobilisiert Selbsthilfe und Empowerment. Sie ist in den Gemeindepsychiatrischen Verbund und seine Gremien integriert und bietet als partizipatives Angebot Psychiatrie-Erfahrenen am Wochenende eine Begegnungsmöglichkeit. Das Ende der Projektförderung durch die Aktion Mensch im April 2012 gefährdet den Fortbestand der Kontakt- und Beratungsstelle.

**202.000 EUR****Wir beantragen deshalb:**

2. Das künftig erweiterte Angebot der Kontakt- und Beratungsstelle Clubhaus der Offenen Herberge e.V. wird 2012 mit 5.000 EUR und ab 2013 mit 7.400 EUR bezuschusst.

**12.400 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 38

Herausforderungen demographischer Alterung annehmen

Auch in Stuttgart vollzieht sich der demographische Wandel. Das bedeutet unter anderem, dass die Zahl der Senioren und Hochbetagten und damit auch die Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit gerontopsychiatrischem Hilfebedarf stetig ansteigt.

Diesem steigenden Bedarf sind die Gerontopsychiatrischen Beratungsdienste in ihrer derzeitigen personellen Ausstattung schon seit längerem nicht mehr gewachsen. Insbesondere der für eine Großstadt typische hohe Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, an Einpersonen-Haushalten und an Menschen ohne helfende Angehörige stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GerBerAs vor zusätzliche Herausforderungen, die ohne Anpassung der Personalkapazitäten an den steigenden Bedarf nicht bewältigt werden können.

### Wir beantragen deshalb:

1. Das Angebot der Gerontopsychiatrischen Beratungsdienste wird um die dringend benötigten 4 Stellen aufgestockt. Die städtische Förderung wird entsprechend angepasst in Höhe einer zusätzlichen Förderung von rund 202.000 EUR. Bei der Aufstockung des Personals ist zu berücksichtigen, dass das erweiterte Angebot des Gerontopsychiatrischen Beratungsdienstes insbesondere auch die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt.

**404.000 EUR**

Damit alte Menschen auch in den stationären Einrichtungen der Altenhilfe nicht nur so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben führen können, sondern auch an der Gestaltung der Verhältnisse Teil haben können, sieht das Landesheimgesetz und die Landesheimmitwirkungsverordnung umfangreiche Mitwirkungsrechte der Heimbewohner vor. Zu diesem Zweck werden Heimbeiräte oder Heimförsprecher gewählt oder ernannt. Damit diese ihre Mitwirkungsrechte auch wirksam wahrnehmen können, müssen sie geschult werden.

**Wir beantragen:**

2. Zur Durchführung von zusätzlichen Schulungen von Heimbeiräten und Heimfürsprechern erhält die Beschwerdestelle des StadtSeniorenRat Stuttgart einen zusätzlichen jährlichen Zuschuss von 3.000 EUR.

**6.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 39

Ambulante Suchthilfe bedarfsgerecht ausstatten

Die Nachfrage von Betroffenen nach Beratungs- und Unterstützungsleistungen der ambulanten Suchthilfe ist hoch, teilweise weiter steigend und in vielen Bereichen deutlich über der Kapazitätsgrenze der dafür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen. Nach wie vor sind Alkoholprobleme die am weitesten verbreitete Form der Suchterkrankung. Die Beratungszahlen bei Essstörungen sind im Jahr 2010 weiter angestiegen. Hier können längst nicht mehr alle Anfragen nach Beratung bearbeitet werden. Bei der Anlaufstelle bei Essstörungen betragen die Wartezeiten derzeit vier Wochen. Die Beratungsnachfrage bei Spielsucht steigt ebenfalls weiter kontinuierlich. Die Wartezeit für Erstgespräche für Betroffene und Angehörige beträgt aufgrund der hohen Nachfrage derzeit ca. fünf Wochen. Die Zahl der psychosozialen Betreuungen von Substituierten steigt ebenfalls. Die Zahl der offiziell registrierten Drogentoten ist wieder massiv angestiegen.

**Wir beantragen:**

1. Beim Mädchengesundheitsladen wird eine zusätzliche 0,5-Stelle gefördert mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von  
**p. a. 24.454 EUR**
2. Zur psychosozialen Begleitung Substituierter werden 3 zusätzliche Stellen bei Release Stuttgart e.V. gefördert mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von  
**p. a. 146.722 EUR**
3. Bei der eva Stuttgart e.V. wird eine Stelle gefördert zum Ausbau des Beratungsangebotes für Glücksspielsüchtige mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von  
**p. a. 48.907 EUR**
4. Das Angebot der Suchtkrankenhilfe Blaues Kreuz wird wieder in die Förderung aufgenommen und wie zuletzt bezuschusst mit jährlich rund  
**p. a. 60.000 EUR**
5. Um das notwendige und erfolgreiche Angebot eines Wachdienstes beim

Substituierten-Café High Noon fortzuführen, wird dieses Angebot gefördert mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von

**p.a. 10.000 EUR**

6. Um die Förderung an gestiegene Aufwendungen für Raum- und Raumnebenkosten anzupassen, werden die entsprechenden Mehraufwendungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen dargelegt. Ebenso Mehrkosten durch anstehende Umzüge von Einrichtungen an andere Standorte.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 40

Diamorphingestützte Substitution- nach langem Anlauf zügig starten

Seit dem Jahr 2010 sind auch in Baden-Württemberg alle rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um heroinabhängig Suchtkranke mit Diamorphin zu behandeln. In Stuttgart steht mit dem Betreiber der Schwerpunktpraxis für Suchtmedizin sowohl ein Betreiber einer entsprechenden Praxis, als auch ein Konzept für ein entsprechendes „Zentrum für Suchtmedizin“ inklusive psychosozialer Betreuung der Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Was noch fehlt, ist ein städtischer Zuschuss zur (Anschub-)Finanzierung des Zentrums und die Schaffung geeigneter räumlicher Voraussetzungen. Dazu stehen mit der Kriegsbergstraße 40 und der Tunzhofer Straße 6 zwei potenzielle Standorte zur Verfügung.

### Wir beantragen:

1. Die Schwerpunktpraxis für Suchtmedizin erhält für das Angebot Diamorphingestützter Substitution einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 470.000 €. Die Höhe des Zuschusses wird an den sich im Betrieb tatsächlich ergebenden Förderbedarf angepasst. Die Förderung beginnt erst mit der Inbetriebnahme des Angebotes Diamorphingestützter Substitution, also nach Abschluss der notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am vorgesehenen Standort.

**470.000 EUR**

2. Die umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen die erforderlich sind, um die Diamorphingestützte Substitution am vorgesehenen Standort anbieten zu können, werden im erforderlichen Umfang bezuschusst. Dazu erstellt die Gesundheitsverwaltung bis zur 1. Lesung der Haushaltsberatungen eine mit dem Hochbauamt abgestimmte vergleichende Kalkulation der Investitions-, Folge- und Betriebskosten für beide potenziellen Standorte. Auch wird dargestellt, wann am jeweiligen Standort die Schwerpunktpraxis in Betrieb genommen werden kann und in welcher Form und zu welchen Kosten die Beratungs- und Betreuungsstelle von Release e.V. am Standort integriert werden kann.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 41

Gesundheitschancen für alle verbessern – auch an den Rändern der Gesellschaft

Kommunale Gesundheitsförderung soll Gesundheitschancen für alle verbessern und Voraussetzungen menschlicher Gesundheit in allen Politikfeldern im Blick haben. Insofern ist kommunale Gesundheitspolitik eine Querschnittsaufgabe. Eine zentrale Herausforderung besteht aber darin, sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit zu reduzieren. Damit geraten die am Rande der Gesellschaft stehenden, besonderen gesundheitlichen Risiken und Belastungen ausgesetzten Menschen ins Visier. Kommunale Gesundheitsförderung muss beides leisten: Präventionspolitik für alle und Schadensbegrenzung für gesundheitlich besonders Benachteiligte.

**Wir beantragen:****I. Präventions- und Unterstützungsangebote für Prostituierte an den steigenden Bedarf anpassen**

1. Schaffung von 0,75 Stellen Sozialarbeit in der gemeinsamen Anlaufstelle von La Strada für weibliche Prostituierte und Café Strich-Punkt für männliche Prostituierte.
2. Schaffung einer 0,25 Arztstelle und einer 0,35 Krankenschwesterstelle in der STD-Beratungsstelle.
3. Aufstockung der Mittel für die gestiegenen Kosten für Peers, Sach- und Bewirtschaftungsmittel sowie Medikamente um die erforderliche Summe in Höhe von jährlich rund 30.000 EUR. Eine aktualisierte Aufschlüsselung der Mehraufwendungen ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch darzustellen.

**30.000 EUR****II. Fachkonferenz zu nachhaltiger kommunaler Gesundheitsförderung**

1. Für die Durchführung eines Fachtages 8.000 EUR.
2. Zur Erhebung der Bestandsanalyse und zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen personelle Ressourcen von 40.000 EUR.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 42

Teilhabe und Inklusion – Behindertenrechtskonvention verlangt Anstrengungen für alle Generationen

Im Jahr 2009 trat in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft und ist damit geltendes Recht. Dies erfordert auch in Stuttgart deutliche Anstrengungen in vielen Bereichen und für alle Generationen.

**Wir beantragen daher:****I. Behindertenrechtskonvention verlangt Anstrengungen für alle Generationen**

1. Zur Durchführung eines Forums für Eltern und Angehörige mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen als Diskussionsplattform zum Austausch mit Leistungserbringern der Behindertenhilfe, Jugendverbänden, Jugendhäusern, Waldheimen, Gemeinderäten, Bezirksbeiräten und -vorstehern werden einmalig 5.000 EUR bereitgestellt

**5.000 EUR**

2. Den erheblich gestiegenen Kosten für Leistungserbringer der familienentlastenden Dienste für Familien mit behinderten Angehörigen wird durch eine Aufstockung der jährlichen städtischen Zuwendung um 107.000 EUR Rechnung getragen.

**p. a. 107.000 EUR**

3. Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben erhält eine pauschalierte städtische Personalkostenförderung in Höhe von 40.000 EUR für das Jahr 2012 und von 60.000 EUR ab dem Jahr 2013. Zusätzlich wird den gestiegenen Mietkosten durch die Anhebung des Betriebskostenzuschusses um jährlich 6.000 EUR Rechnung getragen.

Für das Haushaltsjahr 2012

**40.000 EUR**

Für das Haushaltsjahr 2013

**60.000 EUR****p. a. 6.000 EUR**

4. Zur Fortführung des Kursangebotes für ältere Werkstattbeschäftigte aus dem KVJS-Projekt „Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe“ werden jährlich 15.000 EUR bereitgestellt.

p. a. 30.000 EUR

## **II. Behindertenbeauftragten angemessen positionieren und ausstatten**

Die Stelle des Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Stuttgart muss innerhalb der Verwaltung an herausgehobener Position verankert, mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet und neu ausgeschrieben werden. Dazu erarbeitet das Haupt- und Personalamt in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Inklusion im Jahr 2012 einen geeigneten Vorschlag. Ab 2013 wird die neu positionierte und mit personellen und Sachressourcen ausgestattete Stelle des Behindertenbeauftragten eingerichtet. Dazu müssen in einem ersten Schritt mindestens die vom derzeitigen Behindertenbeauftragten vorgeschlagenen Personalressourcen in Höhe von 1,5 Stellen und Sachmittel in Höhe von 25.000 EUR bereitgestellt werden.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2011</b>	<b>Nr. 419/2011</b>
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 43 „Stuttgart bildet aus!“

In den Haushaltsplanungen soll über die Servicestelle Übergang Schule – Beruf entschieden werden. Mitnichten konnten wir bisher die Vorlage 676/2011 in unseren Papierstapeln entdecken. In den Anträgen zum Stellenplan jedoch werden schon konkrete Stellenanteile für die Servicestelle in Bezug auf die GRDs 168/2011 genannt. Wie also ist hier der Sachstand?

Desweiteren wollen wir im Frühjahr 2012, wenn die Bundesgesetzgebung voraussichtlich abgeschlossen ist und es um eine mögliche 50 Prozent-Kofinanzierung des Programms Berufseinstiegsbegleiter geht, die Haushaltsberatungen jedoch vorüber sind, nicht mit leeren Händen dastehen.

### Wir beantragen daher:

Die Verwaltung berichtet rechtzeitig bis zur ersten Lesung über die voraussichtlich notwendigen Finanzmittel zur Kofinanzierung des Programms „Berufseinstiegsbegleiter“ ab dem Schuljahr 2012/2013 und über das Konzept und die notwendigen Mittel für die Servicestelle zur „Initiative Stuttgart bildet aus!“.

Silvia Fischer

Peter Pätzold